

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 611  
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 611, zu richten.

### Inhalt.

An unsere Ortsverwaltungen. — Hat der deutsche Textilwaren-Export nach Amerika Aussicht auf Besserung? — Gesamtergebnisse der Produktionshebungen in der Flach- und Flachswerg-Spinnerei, der Zwirnerei von Leinengarn und der Herstellung von Näh-, Häfel- und Stiefnähen aus Flach, Hanf, Ramie und Jute für das Jahr 1907. — Dividendenfragen, Arbeiterlöhne und sonstige Verhältnisse bei der Füllfabrik Flöha. — Weidert den Alkohol! — Nochmals: Heuchler! — Christliches aus Bamberg. — Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909 (III). — Der englische Gewerkschaftskongress. — Brüssel und seine Weltausstellung (XI). — Zum Kampf gegen die Jugendbewegung. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Bewegung in anderen Berufen. — Politische Nachrichten. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerrreisen. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Berichtigung. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilletton: Fachgewerbliche Rundschau.

### An unsere Ortsverwaltungen.

Die tschechischen Separatisten haben trotz aller Warnungen und trotz allen Zuredens die Zerspaltung der Arbeiter weiter betrieben, und sind nun sogar soweit gekommen, für Oesterreich einen eigenen Zentralverband zu gründen. Auch eine Zeitung haben die Separatisten geschaffen. Das ist das Zeichen dafür, daß auch in der nächsten Zeit kaum vernünftiges Handeln und Denken in den Reihen der Arbeiterzerspaltung Platz greifen wird.

Wir haben sofort beim Austausch der Pläne unsere Meinung in ungewohnter Weise über das Gebahren der Separatisten geäußert. Auch haben wir darauf hingewiesen, daß wir mit den Friedensförderern, die sich auf diesem Wege zu Helfern der Unternehmung gegen die eigenen Klassenossen entwickeln werden, nicht das mindeste zu tun haben wollen. Wir rufen daher unseren Verwaltungen nochmals ins Gedächtnis, daß Mitglieder des Separatistenverbandes in unsere Organisation nicht übertreten können. Sie können bei eventueller Zureise nur neue Mitglieder werden. Die Mitgliedschaft im separatistischen Verband wird nicht angerechnet. Da wir mit dem Separatistenverband keinen Gegenseitigkeitsvertrag haben und nie einen solchen abschließen werden, so darf an die Mitglieder der tschechischen Separatistenorganisation keine Reiseunterstützung und auch keine Unterstützung anderer Art gegeben werden.

Als Zeitung für unsere tschechischen Mitglieder, die gleich uns den unseligen Zwist bedauern und verdammen werden, und denen die Einheit und die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung diesseits und jenseits der Grenze höher stehen wird als nationale Eigenbrödeli, die sich gewiß auch in unserer deutschen Organisation vollwertig und gleichberechtigt fühlen, kommt nur die von uns bisher gelieferte Zeitung „Textilnik“ allein in Frage. Keine andere tschechische Zeitung wird geliefert. Wir ersuchen, dies zu beachten.

Der Vorstand.

### Hat der deutsche Textilwaren-Export nach Amerika Aussicht auf Besserung?

Amerika war bis in die letzten Jahre hinein für deutsche Textilwaren ein sehr geschätzter, weil große Profite verschaffender Abnehmer. Namentlich die Wirkwarenindustrie, weiter aber auch die Seiden- und die Industrie wollenener Damenstoffe hatte in Amerika ein großes Absatzfeld.

Da kam in Deutschland das unheilvolle Wucherergesetz vom Jahre 1902, welches zugunsten der Agrarier eine große Anzahl landwirtschaftlicher Exportprodukte Amerikas, insbesondere Fleisch und Fleischwaren, mit schärfsten Zollbestimmungen belegte oder ihre Einfuhr ganz verbot. Das war Wasser auf die Mühle der Hochschutzzöllner in Amerika, welche die deutschen Industrieerzeugnisse, insbesondere die Produkte der Textilindustrie, nach Möglichkeit vom amerikanischen Markte verbannten wollten, um die deutsche Konkurrenz los zu sein. Während der Jahre der Hochkonjunktur 1906/07 trat natürlich von diesem Bestreben der amerikanischen Hochschutzzöllner noch nichts Ungünstiges für die deutsche Industrie zutage. Im Gegenteil! Gerade diese Bestrebungen der amerikanischen Hochschutzzöllner veranlaßten die amerikanischen Warenimporteure, noch vor der neuen Zolltarifrevision möglichst viel Waren aus Deutschland nach Amerika zu schaffen. Man mußte in jenen Kreisen sehr gut, daß, wenn erst im Herbst 1908 die Präsidentenwahl vorüber sein werde, in kurzer Zeit die Schutzollmauer erhöht werden würde. Und so geschah es ja auch. Unsere deutschen Hochschutzzöllner mit der Regierung an der Spitze begingen damals das Demagogentückchen, die von den amerikanischen Importeuren aus Angst vor weiteren Zollverhörungen forcierte Wareneinfuhr aus Deutschland als einen großartigen Erfolg der deutschen Zoll- und Handelspolitik hinzustellen. In Wirklichkeit war aber diese forcierte Wareneinfuhr Amerikas das erste Symptom (Anzeichen) zu dem verhängnisvollen Mißerfolg der deutschen Zoll- und Handelspolitik, über deren schwere Schädigung der Industrie fast alle Handelsstammesberichte mehr oder weniger scharfe Anklagen erheben. Die Handelskammer der westlichen Niederlande sagt in ihrem letzten Jahresbericht in bezug auf die Textilindustrie mit Recht, daß die Industrie das Gefühl habe, daß bei der im Jahre 1902 erfolgten Zolltarifrevision weder ihre Interessen noch die Interessen der Textilarbeiter

wahrgenommen worden sind, sondern nur zum Kompensationsobjekt (Ausgleichsobjekt) für politische und landwirtschaftliche Interessen verwandt wurden. Diese Ansicht ist auch zweifellos richtig. Die Interessen der Textilindustrie und deren Arbeiter sind bei der letzten Zolltarifrevision direkt verraten und verschädert worden. Das mögen sich die Textilarbeiter merken für die nächste Reichstagswahl, bei der diese Frage wieder eine erhebliche Rolle spielt. Heute treten die Schattenseiten dieser Verschärfungspolitik mit unheimlichen Folgen hervor. Arbeitslosigkeit und Lohnreduzierungen ernten die Arbeiter, während sich die Junker und Industriebarone, die Nutznießer der Rohstoffsyndikate, jährlich 2200 Millionen Mark Bollbeute in die Taschen stecken.

Natürlich befindet sich auf aller Interessenten Lippen die bange Frage: Wird der deutsche Textilwareneport nach Amerika eine Besserung erfahren? Ueber diese Frage befindet sich im „Confectionair“ ein Interview mit einem der größten Textilwareneinkäufer der Vereinigten Staaten von Nordamerika, welches auch für die Textilarbeiter sehr beachtenswert ist. Der Mann sprach sich über die angeführte Frage folgendermaßen aus:

„Soweit ich die Marktlage beurteilen kann, glaube ich durchaus nicht an eine baldige und vor allem nicht an eine durchgreifende Besserung. Ich glaube nicht nur, sondern ich weiß auch, daß ich und meine Kollegen jetzt anfangen müssen, für Frühjahr 1911 zu kaufen, denn ganz ohne Lager in importierter Ware können wir wohl ohne Ausnahme nicht sein. Wir haben alle bisher nichts oder doch so gut wie nichts gekauft und sind nun gezwungen, unseren Bedarf zu decken. Ob das für die Fabrikanten aber viel zu bedeuten haben wird, mögen Sie besser beurteilen können als ich. Wir werden uns beim Einkauf zunächst nur auf das Notwendigste beschränken, der Bedarf an importierter Ware ist heute lange nicht mehr so groß, wie er bisher war. Die amerikanischen Großfabrikanten und gleichzeitig Schutzzöllner haben ihre Zeit gangvorzüglich zu benützen gewußt. Schon eine ganze Zeitlang vor dem Durchdrücken der neuen jetzigen Zollsätze auf ausländische Textilwaren haben diese Herren ihre Aufträge auf deutsche Textilmaschinen erteilt gehabt, und mit Inkrafttreten der neuen Zölle oder wenigstens in nur ganz kurzer Zeit danach stieg die Produktionsfähigkeit der amerikanischen Textilindustrie um das Dreifache. Unseren Industriellen kam zustatten, daß die Mode nur glatte Waren verlangte; denn wenn Frances Mode geworden oder auch geblieben wäre, hätte Ihr Export nach unserem Markte jedenfalls nicht so ungeheuer gelitten, als es tatsächlich der Fall gewesen ist. Da nun auch noch trameiseidene Waren ganz speziell gekauft wurden, unsere Fabrikanten sich aber besonders dem Artikel gewidmet hatten, wurde die Sachlage für die deutsche Industrie immer schwieriger. Für seidene Artikel zahlen unsere Fabrikanten nur ganz wenig mehr Lohn als für die gewöhnlichen Flor- oder mercerisierten Florwaren, und da 60 Proz. Zoll ad valorem bei diesen teuren Artikeln ein sehr hoher Zollfuß ist, können Sie in diesen Waren gar nicht mit unserer Industrie auf unserem heimischen Markte konkurrieren. Ich habe ja zwar selber einige kleine Rädchen trameiseidene Strümpfe und Socken hier bei Ihnen gekauft, das aber eben nur, weil ich vorübergehend mehr brauchte, als meine amerikanischen Lieferanten mir liefern konnten. Wir bekommen zum Beispiel eine trameiseidene nachlose Socke in Ia Qualität, die wir mit gutem Nutzen schon zu 50 Centis im Detail verkaufen können. Auch der Frauenstrumpf, den wir zu 1 Dollar im Kleinen verkaufen, ist oft bedeutend besser als die Ware, die wir zu einem entsprechenden Preis von hier aus importieren könnten. Daß Sie seidene Handschuhe nur dann bei uns einführen können, wenn durch die Mode ganz langer Handschuhe der Stoffverbrauch ein unsere Produktion übersteigender ist, wissen Sie ja aus eigener Erfahrung schon lange Jahre. Uns Importeuren liegt natürlicherweise sehr viel daran, daß wir wieder in importierter Ware ein größeres Geschäft machen können. Für amerikanische Waren haben wir alle nur einen Preis, und daß dabei nicht besonders viel zu verdienen ist, können Sie sich wohl denken. Ob und wann einmal wieder eine radikale Aenderung eintritt, kann ich nicht sagen, ich glaube jedoch an keine solche, wenigstens nicht in absehbarer Zeit. Sie machen sich hier in Deutschland noch immer große Hoffnungen, daß unsere nächste Präsidentenwahl Ihnen günstig sein werde und daß dann unbedingt die Zölle um ein Erhebliches herabgesetzt werden dürften. Ich teile darin Ihren Optimismus ganz und gar nicht. Erstens ist bei uns zu viel Kapital in der Textilindustrie investiert worden, um dieser Industrie mit einem Male durch bedeutendes Herabsetzen der Zölle auf importierte Textilwaren den Boden unter den Füßen wegziehen zu können, dann aber ist noch gar nicht gesagt, ob eine endgültige Abmilderung über eine derartige Vorlage nicht ganz anders ausfallen würde, als man erst annahm. Die Großfabrikanten haben auch das Großkapital in Händen und lassen sich die Sache ein schönes Stück Geld kosten, wenn sie etwas erreichen wollen. Was nützt bei uns der ganze Unwille der Bevölkerung dagegen, auch nicht mehr, als er bei Ihnen gegen die Manipulationen der Regierung nützt. Bei Ihnen sind es zum Schaden des Landes die Agrarier, bei uns die Großkapitalisten, welche ihren Willen durchdrücken, ohne Rücksicht darauf, wie viele kleine Existenzen dabei zugrunde gerichtet werden. Es ist sogar gar nicht ausgeschlossen, daß man bei uns versuchen und nach den bisherigen Erfahrungen es auch erreichen wird, daß die Zölle eine weitere Erhöhung erfahren werden. Solange die europäischen Industriestaaten sich alles gefallen lassen, wird bei uns kaum an ein Eindämmen der Hochschutzzölle gedacht werden können.“

Mit Ausnahme des letzten Satzes, indem eine Aenderung nach der falschen Seite enthalten ist, kann man von dem Interview wohl sagen, daß es die Situation nicht unzutreffend beurteilt. Auch wir glauben nicht daran, daß die Amerikaner so ohne weiteres die Zollsätze ermäßigen werden. Wir sind vielmehr ebenfalls der Meinung, daß die Zollsätze eine weitere Erhöhung erfahren dürften, sobald es ersichtlich ist, daß die Konkurrenz noch nicht ausgeschaltet ist. Wenn der Amerikaner,

indem er nun sagt, daß, solange wie die europäischen Industriestaaten sich das alles gefallen lassen, kaum an ein Eindämmen der Hochschutzzölle gedacht werden könne, damit sagen will, daß die europäischen Staaten — und da kommt eigentlich in erster Linie nur Deutschland in Betracht — eine Kampagne der Repression gegen Amerika einleiten sollten, so müssen wir gegen einen derartigen Vorschlag entschieden Verwahrung einlegen. Nicht wegen Amerika, sondern wegen der deutschen Industrie. Solange der Herr der Wucherzöllner in Deutschland ist, solange kann natürlich gegen ein Land, welches die deutsche Hochschutzzöllnerie nachmacht, gar nichts unternommen werden. Es würde das eine Annahme sein, die unserer Industrie sicher sehr schlecht bekommen würde. Nein, erst muß in Deutschland die Wucherzöllnerie beseitigt werden und dann können wir mit Amerika in Unterhandlungen treten, um ein besseres handelspolitisches Verhältnis zu erreichen. Der letzte Satz in dem Interview müßte also lauten: Solange sich die deutsche Industrie die Handelspolitik von den größten Industriegegnern, den ostelbischen Junkern, vorschreiben läßt, wird es kaum gelingen, in Amerika die Politik der Hochschutzzölle einzudämmen.

### Gesamtergebnisse der Produktionshebungen in der Flach- und Flachswerg-Spinnerei, der Zwirnerei von Leinengarn und der Herstellung von Näh-, Häfel- und Stiefnähen aus Flach, Hanf, Ramie und Jute für das Jahr 1907.

Von den vom Reichsamt des Innern für das Jahr 1907 veranstalteten Produktionshebungen in der Textilindustrie liegen teils die Ergebnisse für die Flach- und Flachswerg-Spinnerei, die Zwirnerei von Leinengarn sowie die Herstellung von Näh-, Häfel- und Stiefnähen aus Flach, Hanf, Ramie und Jute abgeschlossen vor. Vorweg sei indes besonders darauf hingewiesen, daß sich die nachstehend veröffentlichten Zahlen bei dem erstgenannten Industriezweig nur auf diejenigen Spinnereien beziehen, welche ausschließlich Flach und Flachswerg verarbeitet haben, während diejenigen Betriebe, die neben Flach und Flachswerg Jute, Baumwolle, Hanf, Hanfswerg oder andere Spinnstoffe versponnen haben, nicht mit berücksichtigt sind.

Nach den von den Berufsgenossenschaften der Reichsregierung eingereichten Listen haben im Jahre 1907 im Deutschen Reich 37 Spinnereien bestanden, die lediglich Flach und Flachswerg verarbeitet haben; alle diese Betriebe haben die Fragebogen beantwortet. Am Ende des Berichtsjahres zählten diese Betriebe zusammen 273 406 Spindeln, von denen 258 070 zum Nachspinnen und 15 336 zum Trodenspinnen dienten; außerdem waren noch 50 Spindeln zum Spinnen von Hanf vorhanden, die jedoch nicht in Betrieb genommen worden sind. Bei einer Gesamtzahl von 273 456 Spindeln entfallen demnach auf die einzelne Spinnerei durchschnittlich rund 7391 Spindeln. Selbst geheckelt haben die 37 Betriebe rund 39,4 Millionen Kilogramm Rohflachs, während von ihnen rund 7,6 Millionen Kilogramm geheckelter Flach und Flachswerg hinzugekauft worden sind, von denen rund 1,1 Millionen Kilogramm von anderen inländischen Flachspinnereien bezogen wurden. Von der Gesamtmenge von rund 47,0 Millionen Kilogramm Rohflachs, geheckelter Flach und Flachswerg stammten rund 5,0 Millionen Kilogramm aus dem Inland, rund 38,1 Millionen Kilogramm aus Rußland, rund 2,2 Millionen Kilogramm aus Oesterreich-Ungarn, rund 0,8 Millionen Kilogramm aus Belgien, rund 0,5 Millionen Kilogramm aus den Niederlanden und rund 0,4 Millionen Kilogramm aus anderen Ländern. Versponnen wurden rund 43,3 Millionen Kilogramm geheckelter Flach und Flachswerg. Die Jahreserzeugung für eigene und fremde Rechnung an einträchtigem Leinengarn betrug rund 31,7 Millionen Kilogramm, von denen rund 2,9 Millionen Kilogramm bis Nr. 8 englisch, rund 7,5 Millionen Kilogramm über Nr. 8 bis Nr. 14 englisch, rund 7,2 Millionen Kilogramm über Nr. 14 bis Nr. 20 englisch, rund 11,0 Millionen Kilogramm über Nr. 20 bis Nr. 35 englisch und rund 3,1 Millionen Kilogramm über Nr. 35 englisch waren. Der Gesamtwert der Jahreserzeugung für eigene Rechnung belief sich einschließlich der Wertverhöhung, die das gepönnene Garn durch das Zwirnen und die Veredelung erfahren hat, auf rund 62,1 Millionen Mark. Abgesetzt wurden von dem für eigene Rechnung hergestellten Leinengarn an eigene Betriebe der befragten Spinnereien zur weiteren Verarbeitung rund 4,0 Millionen Kilogramm im Werte von rund 7,8 Millionen Mark, an andere inländische Verbraucher rund 23,5 Millionen Kilogramm im Werte von rund 44,9 Millionen Mark, an inländische Händler und Exporteure rund 2,8 Millionen Kilogramm im Werte von rund 5,8 Millionen Mark und an ausländische Abnehmer rund 0,7 Millionen Kilogramm im Werte von rund 1,7 Millionen Mark, insgesamt also rund 31,0 Millionen Kilogramm im Werte von rund 60,2 Millionen Mark.

Eine genaue Uebersicht über die Ergebnisse der Erhebung für die Spinnereien, die nur Flach und Flachswerg verarbeitet haben, gibt die nachfolgende Zusammenstellung:

Zahl der Betriebe	37
Zahl der ausgefüllten Fragebogen	37
Zahl der Spindeln	273 456
davon zum Nachspinnen	258 070
Trodenspinnen	15 336
Spinnen von Hanf	50
An Rohflachs wurden geheckelt	kg 39 430 764
An geheckeltem Flach und Flachswerg wurden hinzugekauft	7 594 625
Zus. Rohflachs, geheckelter Flach und Flachswerg	kg 47 025 389



Von dieser Gesamtmenge stammten:

aus dem Inland	kg	5 007 731
„ Rußland	„	38 064 993
„ Oesterreich-Ungarn	„	2 208 750
„ Belgien	„	815 698
„ den Niederlanden	„	538 809
„ anderen Ländern	„	889 908

An gehebeltem Flach und Flachswerg wurden von inländischen Flachspinnereien bezogen **1 189 121**

An gehebeltem Flach und Flachswerg wurden versponnen **43 849 584**

Jahreserzeugung für eigene und fremde Rechnung an einträchtigem Leinengarn **kg 31 749 446**

davon bis Nr. 8 engl. **2 949 238**

über Nr. 8 bis Nr. 14 engl. **7 543 012**

Nr. 14 bis Nr. 20 engl. **7 183 819**

Nr. 20 bis Nr. 35 engl. **10 954 782**

Nr. 35 engl. **3 119 095**

Gesamtwert der Jahreserzeugung für eigene Rechnung (einschl. der Werterhöhung, die das gesponnene Garn durch das Zwirnen und die Veredelung erfahren hat) **M. 62 123 120**

Umsatz des für eigene Rechnung hergestellten Leinengarns:

Menge	Wert
an eigene Betriebe zur weiteren Verarbeitung	4 036 809 7 824 861
an andere inländische Verbraucher	23 464 896 44 861 933
an inländische Händler und Exporteure	2 847 967 5 778 870
an ausländische Abnehmer	659 711 1 738 397
Zusammen	31 008 353 60 203 261

Die Zwirnerei von Leinengarn ist im Jahre 1907 von neun Firmen betrieben worden, die gleichfalls sämtlich die Fragebogen ausgefüllt haben. Diese neun Betriebe besaßen 15 478 Zwirnschindeln, durchschnittlich also pro Betrieb rund 1720 Schindeln, und haben rund 1,0 Millionen Kilogramm Leinengarn (wenn auch gemischt mit Jute) verzwirnt; außerdem hat eine Zwirnerei noch eine geringe Menge reines Jute-, Hanf- und Ramie-Garn mitverarbeitet. Von dem Leinengarn, das verzwirnt wurde, waren in der eigenen Spinnerei rund 0,1 Millionen Kilogramm, in anderen inländischen Spinnereien rund 0,8 Millionen Kilogramm und im Ausland rund 0,1 Millionen Kilogramm hergestellt. Von der letztgenannten Menge entfiel der weitaus größte Teil auf über Nr. 14 bis Nr. 20 englisch. Die Gesamtjahreserzeugung an Zwirn für eigene und fremde Rechnung betrug rund 1,0 Millionen Kilogramm und die Werterhöhung, die das gesamte dazu verwandte ungezwirnte Garn durch das Zwirnen erfahren hat, rund 0,4 Millionen Mark, während sich der Gesamtwert der Jahreserzeugung für eigene Rechnung an Zwirn, einschließlich der Werterhöhung, die der hergestellte Zwirn durch Veredelung erfahren hat, auf rund 2,9 Millionen Mark belief. Von dem gesamten, für eigene Rechnung hergestellten Zwirn wurden rund 1,0 Millionen Kilogramm im Werte von rund 2,9 Millionen Mark abgesetzt, und zwar zum größten Teil an eigene Betriebe der befragten Zwirnereien zur weiteren Verarbeitung und an andere inländische Verbraucher; nur geringe Mengen sind an inländische Händler und Exporteure sowie an ausländische Abnehmer gelangt.

Die genauen Ergebnisse sind folgende:

Zahl der Betriebe	9
Zahl der ausgefüllten Fragebogen	9
Zahl der Zwirnschindeln	15 478
Verzwirnt wurden an Leinengarn (wenn auch gemischt mit Jute)	kg 1 015 668
Davon waren hergestellt:	
in der eigenen Spinnerei	119 500
in anderen inländischen Spinnereien	748 802
im Auslande	147 866
Davon:	
bis Nr. 14 englisch	8 100
über Nr. 14 bis Nr. 20 englisch	98 800
„ „ 20 „ 35	19 600
„ „ 35 „ 75	19 816
„ „ 75 englisch	6 250
Gesamtjahreserzeugung an Zwirn	986 595
Wertes der dazu verwandten Garnes durch das Zwirnen	M. 868 180
Gesamtwert der Jahreserzeugung an Zwirn für eigene Rechnung einschließlich der Werterhöhung durch Veredelung	2 900 778
Umsatz des für eigene Rechnung hergestellten Zwirns:	
an eigene Betriebe zur weiteren Verarbeitung	Menge 980 795 Wert 2 880 278
an andere inländische Verbraucher	2 000 12 000
an inländische Händler und Exporteure	1 000 8 000
an ausländische Abnehmer	
Zusammen	948 795 2 900 278

Die Herstellung von Näh-, Häkel- und Stützäden haben nach den Listen der Berufsvereinigungen und den eigenen Angaben der befragten Industriellen 7 Firmen mit insgesamt 16 338 Zwirnschindeln betrieben; auch hier sind die Fragebogen sämtlich beantwortet worden. Diese 7 Betriebe haben rund 9,9 Millionen Nähfadenspulen verwendet, von denen 1,0 Millionen Stück in der eigenen Holzspulendreherei hergestellt sowie rund 2,7 Millionen Stück aus dem Inland und rund 6,2 Millionen Stück aus dem Ausland bezogen waren. Verarbeitet wurden im Erhebungsjahr an selbst hergestelltem und bezogenem Leinen- und Hanfgarn sowie bezogenem Rohzwirn rund 1,8 Millionen Kilogramm im Werte von rund 4,2 Millionen Mark. Von dieser Gesamtmenge waren in der eigenen Spinnerei rund 1,3 Millionen Kilogramm und in anderen inländischen Spinnereien und Zwirnereien rund 0,2 Millionen Kilogramm hergestellt; der Rest entfiel auf aus dem Ausland stammendes Leinengarn, das überwiegend aus den Nummern von über 14 bis 20 englisch bestand. Die Jahreserzeugung für eigene und fremde Rechnung an Garn und Zwirn aus Flach und Hanf zu Näh-, Häkel- und Stützwecken betrug rund 1,5 Millionen Kilogramm im Werte von rund 6,9 Millionen Mark. Außerdem war noch eine geringe Menge Zwirn aus Flach für eigene Rechnung hergestellt worden, die nicht zum Gebrauche für Näh-, Häkel- und Stützwecke weiter verarbeitet worden ist. Von dem für eigene Rechnung erzeugten Garn und Zwirn aus Flach und Hanf zu Näh-, Häkel- und Stützwecken wurden im Jahre 1907 an inländische Verbraucher rund 0,8 Millionen Kilogramm im Werte von rund 3,1 Millionen Mark, an inländische Händler und Exporteure rund 0,5 Millionen Kilogramm im Werte von rund 2,3 Millionen Mark und an ausländische Abnehmer rund 0,3 Millionen Kilogramm im Werte von rund 1,4 Millionen Mark, zusammen demnach rund 1,6 Millionen Kilogramm im Werte von rund 6,8 Millionen Mark abgesetzt.

Ueber die gemauerten Ergebnisse gibt nachstehende Tabelle Aufschluß:

Zahl der Betriebe	7
Zahl der ausgefüllten Fragebogen	7
Zahl der Zwirnschindeln	Stück 16 338
Zahl der verwendeten Nähfadenspulen	9 860 289
Davon waren:	
in der eigenen Holzspulendreherei hergestellt	1 000 000
aus dem Inland bezogen	2 680 289
Ausland	6 180 000
An selbst hergestelltem und bezogenem Leinen- und Hanfgarn sowie bezogenem Rohzwirn wurden verarbeitet	Menge 1 796 960 Wert 4 215 878
Davon stammten:	
aus der eigenen Spinnerei	1 263 794
in anderen inländischen Spinnereien und Zwirnereien	210 408
dem Ausland (lediglich Leinengarn)	322 758
Hierbei waren Garn:	
über Nr. 8 bis Nr. 14 engl.	84 484
„ „ 14 „ 20	185 936
„ „ 20 „ 35	21 846
„ „ 35 „ 75	27 652
„ „ 75 engl.	2 840
Jahreserzeugung für eigene und fremde Rechnung an Garn und Zwirn aus Flach und Hanf zu Näh-, Häkel- und Stützwecken	1 580 108 6 884 479
Umsatz des für eigene Rechnung hergestellten Garnes und Zwirns aus Flach und Hanf zu Näh-, Häkel- und Stützwecken:	
an inländische Verbraucher	778 910 3 083 607
an inländische Händler und Exporteure	514 754 2 349 209
an ausländische Abnehmer	310 442 1 411 184
Zusammen	1 604 108 6 844 000
Jahreserzeugung für eigene Rechnung an Zwirn aus Flach, der nicht zum Gebrauche für Näh-, Häkel- und Stützwecke weiter verarbeitet wurde	28 180 86 384

(Wochenberichte der Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie.)

### Dividendensagen, Arbeiterlöhne und sonstige Verhältnisse bei der Tüllfabrik Flöha.

I. Dividendensagen. Die Bewohner des sächsischen Erzgebirges sind seither als genügsame, fleißige Menschen bekannt. Dies hat wohl auch die profitungrige Kapitalistenclique bezogen, ihr Domizil, wenn irgend

möglich, in den von der Natur mit Schönheiten überreich gesegneten Tälern des Gebirges aufzuschlagen. Sie findet eine willige und billige Arbeiterkraft und eine durch die sonstigen Verhältnisse bedingte, außerordentlich sich verbilligende Betriebsweise vor. Ungeheuer reich ist deshalb der Tisch in die Taschen einiger weniger ergiebende Goldregen. Es wäre höchst überflüssig, hier des weiteren sich darüber auszulassen. Um den Leser ein Bild von der Rentabilität einiger Betriebe vor Augen zu führen, sei folgendes angeführt.

Die Chemnitz „Volkstimme“ schrieb unter dem 19. Juni 1909: „Die schweren Wunden, die die Krise der Arbeiterschaft geschlagen hat und noch schlägt, müssen die Aufmerksamkeit auf ein Unternehmen lenken, das in der Zeit der tiefsten Depression die geringe Gewinne erzielt hat. Die Aktien der Tüllfabrik Flöha in Plau sind in diesen Tagen zum Handel an der Berliner Börse zugelassen worden und mit 306 notiert. Der Prospekt über diese Aktien berichtet, daß das Unternehmen als Aktiengesellschaft seit 1907 besteht. Vorbestherin des Unternehmens war die Kommanditgesellschaft in Firma Karl Siemens u. Co. Für 1904/1905 verteilte sie eine Dividende von 10 Proz. auf ein Kapital von 1 Million Mark, für 1905/1906 20 Proz. auf 1 Million Mark, für 1906/1907 19 Proz. auf 2 Millionen Mark.

Bei der Gründung der Gesellschaft betrug das Aktienkapital 3 Millionen Mark, auf das für 1907/1908 eine Dividende von 20 Proz. verteilt wurde. Für 1908/1909 gelangte eine Dividende von 22 Proz. zur Ausschüttung, an der jedoch bereits ein Kapital von 5 Millionen Mark teilnahm.

Die letzte Erhöhung um 2 Millionen Mark wurde erst im März 1909 beschlossen, die neuen Aktien nahmen dennoch für 1908/1909 bereits voll an der Dividende teil, obwohl darauf bei Schluß des Geschäftsjahres erst 25 Proz. eingezahlt waren. Die Erklärung für diesen auffälligen Vorgang wird damit gegeben, daß die Aktionäre, die trotz der hohen Gewinne die neuen Aktien zu 100 Proz. erhielten, die Verteilung einer noch höheren Dividende als 22 Proz. verhindern wollten. Das Statut der Gesellschaft sieht übrigens vor, daß keine höhere Dividende als 25 Proz. gezahlt werden darf, bevor nicht die Rücklagen der Gesellschaft (Reserve- und Dividendenreservefonds) die Hälfte des Aktienkapitals erreicht haben. Es hatte besonderes Aufsehen erregt, daß nach der Bilanz der Gesellschaft in der Zeit, in der erst 25 Proz. auf die neuen Aktien, also 500 000 Mk., eingezahlt waren, die Gesellschaft über Wertpapiere im Betrage von rund 2 Millionen Mark und über ein Bankguthaben von circa 873 000 Mk. verfügte. Man warf die Frage auf, warum die Gesellschaft zu einer Kapitalerhöhung geschritten sei, da sie genügende Vermittel besaß, um Betriebserweiterungen, zu deren Durchführung die Kapitalerhöhung angeblich erfolgt war, zu ermöglichen. Die Verwaltung hat darauf erklärt, daß die angekauften Mittel dazu dienen sollen, um jederzeit in der Lage zu sein, einen veränderten Fabrikationszweig aufzunehmen, von dem erhofft wird, daß er nicht nur eine Stabilisierung, sondern auch eine weitere Verbesserung der Rentabilität des Unternehmens herbeiführen und der Gesellschaft ermöglichen werde, im Falle von Konjunkturschwankungen in einem Fabrikationszweig einen Ausgleich in dem anderen zu finden. Ein so hoch rentierendes Unternehmen zeigt also an, daß seine Aktionäre auf eine noch weitere Steigerung der schon außergewöhnlichen Rentabilität in Zukunft rechnen können. Die Fabrikation der Gesellschaft erstreckt sich nach dem Prospekt auf glatte und gemusterte Baumwolltulle; sie beschäftigt zurzeit in ihrer Fabrik circa 580 Arbeiter und 45 Beamte, außerdem werden außer dem Hause noch 1300—1400 Personen beschäftigt.

Die ungewöhnlichen finanziellen Erfolge des Unternehmens drängen zu der Frage, wie sich die Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft der Aktiengesellschaft Flöha stellen. Da die Direktion hierüber keine Angaben macht, wäre es doppelt wünschenswert, wenn die beteiligte Arbeiterschaft selbst eine klare Uebersicht über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der mit diesem kolossalen Profit gesegneten Gesellschaft veröffentlichte. Der Aufsichtsrat der Tüllfabrik Flöha besteht zurzeit aus dem Geheimen Kommerzienrat Hermann Vogel, Justizrat Deutler und Fabrikant Herrn. Eiche, sämtlich in Chemnitz.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats beziehen eine jährliche, als Geschäftskosten zu verbuchende, feste Vergütung von 1000 Mk.; der Vorsitzende, Kommerzienrat Vogel, erhält 2000 Mk. Mit diesem Honorar ist die Aufsichtsratsstätigkeit aber noch nicht bezahlt, seine Mitglieder beziehen auch Entemien, von der die festen Bezüge in Abzug kommen und die 5000 Mk. für das gewöhnliche Aufsichtsratsmitglied und 10 000 Mk. für den Vorsitzenden nicht übersteigen darf. Aus dem Reingewinn von 1 636 962,04 Mk. für das Geschäftsjahr 1908/1909 sind 40 000 Mk. Entemien an den Aufsichtsrat gezahlt worden, diese erstreckt sich demnach wohl auf 2 Jahre. Die Ausschichten des Unternehmens werden von der Verwaltung zurzeit als gute bezeichnet, für das Geschäftsjahr 1909/1910 glaubt man eine Dividende erwarten zu können, die derjenigen des Vorjahres (also 22 Proz.) nicht nachsteht wird.“

Soweit die „Volkstimme“. Das Jahr 1908/1909 hat einen Gewinn gebracht, dessen Steigerung, infolge einer sich, wenn auch nur langsam aufwärts entwickelnden Hebung des Wirtschaftsmarktes und eines gutdurchachten

### Gewerbliche Rundschau.

Die Betriebseinschränkungen in der deutschen Baumwollindustrie konnten nicht wie geplant durchgeführt werden; die Bemühungen, die Betriebseinschränkungen in allen deutschen Baumwollspinnereien einheitlich durchzuführen, sind ohne Erfolg geblieben. Da diese Bemühungen die Folge eines Beschlusses des diesjährigen Baumwollkongresses, der in Brüssel tagte, waren, ist also auch dieser Beschlus, was Deutschland betrifft, unwirksam geblieben. Der Beschlus ging dahin, daß die Spinner der ganzen Welt die gegenwärtige Betriebseinschränkung so lange fortsetzen sollen, bis nach ihrer Meinung die Produktion den Verbrauch nicht mehr übersteigt. — Wenn auch zugegeben wird, daß die Lage bei den einzelnen Betrieben sehr verschieden ist und eine Anzahl derselben mit Rücksicht auf eingegangene Verpflichtungen bei einer Produktionsverminderung auf Schwierigkeiten stoßen würde, so bedauern maßgebende Kreise der deutschen Baumwollindustrie doch, daß es nicht möglich gewesen, eine Einigung in bezug auf die Betriebsreduktion zu erzielen und noch mehr, daß bisher eine Zurückhaltung der Spinner im Verkauf nicht geübt worden ist.

Baumwollproduktion. In einer kürzlich in Chemnitz abgehaltenen Versammlung der Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer j. B. wurde auf Grund einer vorher veranstalteten genauen Umfrage konstatiert, daß sich die Monatsproduktion der der Vereinigung angeschlossenen Baumwollspinnereien gegen Ende vorigen Jahres um circa 1 Million Pfund engl. infolge der Betriebseinschränkungen und der verkürzten Arbeitszeit verringert hat. Die Garnvorräte sind um 1 1/2 Millionen Pfund engl. kleiner geworden und entsprechen nur einer Produktion von 8 bis 4 Wochen. Aufträge sind für 4 1/2 Monate vorhanden. — Trotz dieser an der Hand einer genauen Statistik festgestellten relativen Besserung der Beschäftigung ist angeführt, der angeblich immer noch außerordentlich verlustbringenden Garnpreise von Spinnereien mit circa 1 082 000 Schindeln eine weitere Produktionsreduktion ins Auge gefaßt worden.

Seidenwarenausfuhr. Der Verein deutscher Seidenwebereien will eine Eingabe an die Reichsregierung richten, die sich auf den künftigen Handelsvertrag mit Schweden, auf die von Kanada neuerdings geschlossenen Handelsabkommen mit Italien, Belgien und Holland und auf die Entwicklung der deutsch-kanadischen Handelsbeziehungen erstreckt, von denen der Verein eine noch weitere Entwicklung zugunsten der deutschen Ausfuhr ermöglicht sehen will. Die neuerdings von verschiedenen Handelskammern aufgeworfene Frage eines zollfreien Veredelungsverfahrens mit feinen Baumwollgarnen wird auch der Verein deutscher Seidenwebereien behandeln und eine ausführliche Denkschrift darüber demnächst an die Reichsregierung gelangen lassen.

Zollbehandlung von wollenen Geweben mit Schuß oder Netze aus Baumwolle in Serbien. Die im Handelsvertrage mit Großbritannien vorgesehene Bestimmung der Anmerkung zu Nr. 321 des serbischen Tarifs, wonach Gewebe mit Schuß oder Netze aus Baumwolle den vorgesehene Zollätzen (125, 175, 200 oder 250 Dinar) mit einem Abzug von 15 v. H. unterliegen, ist bisher von den Zollämtern unrichtig angewandt worden, indem der Abzug erst nach Hinzurechnung des gemäß den Allgemeinen Anmerkungen zum V. Abschnitt des Tarifs zu erhebenden Zuschlags zum tarifmäßigen Zolle erfolgte. Der serbische Finanzminister hat nunmehr durch Erlass vom 19. Juli (a. St.) d. J. Nr. 13 057, angeordnet, daß künftig die vertragsmäßige Bestimmung der Anmerkung zu Nr. 321 des Tarifs in der Weise auszuführen ist, daß von den vorgesehene Zollätzen für die betreffenden rohen Gewebe zunächst die 15 v. H. in Abzug zu bringen und erst dann die Zuschläge für Färben, Desinfizieren usw. gemäß den Allgemeinen Anmerkungen zum V. Abschnitt des Allgemeinen Tarifs zu berechnen sind. (Erste Robine.)

Die Zuteerte stellt sich nach den neuesten Angaben nur auf 8 082 000 Ballen gegen die erste Schätzung in Höhe von 8 800 000 Ballen. Ein Vergleich mit dem Vorjahre ergibt folgendes Bild:

Jahr	Erste Schätzung	Tatsächlicher Ertrag
1905	8,2 Mill. Ballen	8,2
1906	8,8	9,1
1907	10,1	10,1
1908	7,1	8,8
1909	7,3	8,8
1910	8,8	8,0

Die Erzeugung bleibt stark hinter dem Verbrauch, der auf 9 180 000 Ballen geschätzt wird, zurück.

Günstige Entwicklung der deutsch-kanadischen Handelsbeziehungen. Das am 18. Februar zu Montreal abgeschlossene handelspolitische Abkommen zwischen Deutschland und Kanada hob vor allem die kanadische Surtax von 33 Proz. auf und räumte teilweise unseren Vertragspartei ein. Nachdem nunmehr die amtliche Statistik über den auswärtigen Handel des Deutschen Reiches im Juli d. J. abgeschlossen ist, liegt die Möglichkeit vor, die Wirkungen dieses Abkommens für einen Zeitraum von fünf Monaten festzustellen. Das Ergebnis ist für beide Länder ein sehr erfreuliches und läßt auf eine wesentliche Steigerung des Gesamtumsatzes in Einfuhr und Ausfuhr schon in diesem Jahre rechnen. Die Textilindustrie hat in verschiedenen Waren eine nennenswerte Mehrausfuhr aufzuweisen. Es stiegen die Umsätze in Strümpfen von 1110 auf 2257 Doppelzentner, in Kleiderstoffen von 318 auf 439, in gewebten Teppichen von 204 auf 328, in Handschuhen von 179 auf 287, in Posamenten von 101 auf 132 und in Stickereien von

47 auf 86 Doppelzentner. Auch die Exportziffern der chemischen, Glas-, Porzellan- und Kinderspielzeugindustrie sind bedeutend gestiegen.

Aus der japanischen Textilindustrie. Mißliche Lage der japanischen Baumwollspinnereien. Die Preise für Baumwollgarn sind in Japan andauernd gefallen. „Wenn die Kalamität nicht bald aufhört“, äußerte sich eine Autorität der Osaka Großhaussleute, „so stehen die Spinnereien vor einer großen Krise.“ Der enorme Aufschwung infolge des russisch-japanischen Krieges hat in der Industrie Hoffnungen erweckt, die sich nicht erfüllt und die japanischen Baumwollspinnereien zur Ueberproduktion verleitet haben, die jetzt ihre Rückwirkung ausübt. Der Markt ist andauernd still, der Export so gut wie Null. — Preissteigerung für japanische Seiden. Der Schaden, den die japanische Seidenindustrie durch das Unwetter erlitten hat, ist so enorm, daß es Jahre dauern wird, bis sie sich davon erholt hat. Hat das Ackerbaudepartement der japanischen Regierung festgestellt, die das Kokons im Werte von 6 880 000 Yen total vernichtet und 75 393 000 Tsubo (1 Tsubo sind 8,305 Quadratmeter) Maulbeerplantagen zerstört worden. Die Folge ist eine enorme Preissteigerung für Rohseide und Seidenwaren.

Fusion. Die Werbauer Strickgarnspinnerei-Aktiengesellschaft in Werbau i. S. schlägt ihren Aktionären die Fusionierung mit der Thüringer Wollgarnspinnerei-Aktiengesellschaft in Langensalza-Leipzig mit Wirkung ab 1. April d. J. vor, und zwar in der Weise, daß die Aktionäre für die 1,25 Millionen Mark Werbauer Aktien 0,75 Millionen Mark der übernehmenden Firma bekommen sollen. Diese neuen Aktien sollen im voraus vor allen übrigen Aktien aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1910 eine Dividende von 50 000 Mk. gleich 6 1/2 Proz. erhalten. In dem hiernach verbleibenden Reingewinn des Geschäftsjahres 1910 nehmen sie ab 1. Juli 1910 teil und werden im übrigen den alten Aktien gleichgestellt.

Mechanische Weberei zu Linden in Linden vor Hannover. Wie aus Kreisen der Verwaltung mitgeteilt wird, ist die geschäftliche Entwicklung der Gesellschaft im laufenden Jahre als recht befriedigend zu bezeichnen. Die Direktion hat es verstanden, das Unternehmen durch vorteilhafte Dispositionen und durch Verbesserungen der Verkaufsorganisation auf eine bedeutend günstigeren Basis zu stellen und es dadurch in die Lage versetzt, die Konjunktur voll auszunutzen.

Verfahren zum Entlaugen der zum Zwecke des Mergerfahrens mit Natronlauge getränkten Gewebe mittels Dampf. (D. R.-P. 225 282, 8a, 24.) Gegenstand der vorliegenden Erfindung ist eine weitere Ausbildung des Verfahrens nach Patent 203 745, welche



Spekulationsplanes, denn auch, wie wir aus dem vorliegenden Bericht des Vorstandes der Tüllfabrik Hölha ersehen, nicht ausgeblieben ist. Derselbe lautet:

„Im Geschäftsjahre 1909/1910 war das Geschäft in Erbstillen wieder unbefriedigend, dagegen die Nachfrage nach Spitzenstillen fast während des ganzen Jahres eine lebhaftere, so daß das Resultat des abgelaufenen Geschäftsjahres ein gutes ist. Zurzeit (in Betracht kommt der Monat April) liegt das Tüllgeschäft still, doch glaubt die Verwaltung, bei der seit Jahren geübten vorsichtigen Bilanzierung, auch für das laufende Jahr eine angemessene Dividende in Aussicht stellen zu können. Die schon im vorjährigen Bericht erwähnte Vergrößerung der Fabrikanlage wurde im Berichtsjahre vollendet. Im Herbst sind diese Neuanlagen voll in Betrieb gekommen. Zurzeit verfügt das Unternehmen über 200 Tüllmaschinen nebst der entsprechenden Anzahl Hilfsmaschinen, sowie über eine reichlich bemessene, komplett eingerichtete Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt. Das Effekten- und Beteiligungskonto besteht im Betrage von reichlich 2 Millionen Mark aus festverzinslichen Werten, außerdem sind ungefähr 900 000 Mk. in Aktien fremder Unternehmungen — vorwiegend Banken — angelegt, welche seinerzeit zu niedrigen Kursen erworben werden konnten. Der Rest repräsentiert die bisherige Einzahlung bei den Karadit-Holierrohrwerken Max Haas, G. m. b. H., in Reichenhain-Chemnitz, bei deren im Laufe des Berichtsjahres erfolgten Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung sich das Unternehmen mit 600 000 Mk. beteiligt hat. Der Vorstand hofft, daß dieses Unternehmen, welches bereits seit einigen Jahren mit Erfolg gearbeitet und zurzeit eine erhebliche Erweiterung seiner Fabrikanlage in Angriff genommen hat, weiter das angelegte Kapital angemessen verzinsen wird. Der Reingewinn von 2 060 169,93 Mark soll folgende Verwendung finden: 110 000 Mk. an den gesetzlichen Reservefonds, 200 000 Mk. 4 Proz. ordentliche Dividende, 25 000 Mk. Rückstellung für Lohnsteuer, 10 000 Mk. Zuweisung an den Beamtenpensionsfonds, 20 000 Mk. Rantime an den Aufsichtsrat, 20 000 Mk. für Gratifikationen und Unterstützungen an Beamte und Arbeiter, 1 050 000 Mark (21 Proz.) Superdividende, 625 169,93 Mk. für Vortrag auf neue Rechnung.“

Betrachten wir uns die hohe Rentabilität dieses Unternehmens, so müssen wir unwillkürlich auch an die Erzeuger dieses ungeheuren Profites denken, und wollen dem Wunsche, welchen die „Volkstimme“ laut werden läßt, nachkommen und nachstehend die „rosige“ Lage der dort Beschäftigten schildern.

II Lohnsystem.

Das hier bestehende Prämienystem ist eines der raffiniertesten, das man sich denken kann. Es wird in diesem Betriebe in Afford gearbeitet. Der Lohn wird nach Maß berechnet. Die Anzahl der gelieferten Ware wird durch eine an der Maschine angebrachte Maßuhr angegeben. Eine Maschine liefert pro Tag 40—50 Maß. Ein Weber bedient zwei Maschinen. Nehmen wir also an, ein Arbeiter liefert auf zwei Spinnmaschinen pro Tag bei 11stündiger Arbeitszeit 90 Maß, so verdient er 4,72 1/2 Mk., denn für ein Maß wird 4 1/2 Pf. gezahlt. Was über 60 Maß ist, wird als Prämie doppelt bezahlt. Werden also von einem Weber 90 Maß hergestellt, so hat er noch 1,42 Mk. an diesem Tage mehr verdient, welche er aber nicht ausgezahlt erhält. Diese sogenannte „Prämie“ wird am Lohnstage zusammengezählt und wird erst nach drei Monaten ausgezahlt. Da aber die ersten drei Monate überhaupt stehen bleiben, so bekommt ein neu eingestellter Weber nach 6 Monaten endlich einmal etwas von der „Prämie“ zu sehen, d. h. wenn er Glück hat, denn wenn der Weber kündigt oder ihm gekündigt wird, so erhält er von der „Prämie“ gar nichts. Wegen der obigen Zahlen zugrunde, so sind es 213,75 Mk., um die er von dieser profitierenden Gesellschaft gebracht wird. Drei Monate verliert er aber auf jeden Fall, denn selbst wenn er stirbt, bekommen seine Angehörigen nicht einen Pfennig von der drei Monate stehenden „Prämie“ zu sehen. Auf Befragen, warum man sich nicht an das Generobericht wendet, um einmal dieser fribolen Ausbeutung eine Schranke zu setzen, erklärte man dem Verfasser dieses Artikels: Herr Siems, der Hauptinhaber der Firma, betrachte diese Prämie als „Geschenk“, und man befürchte, er ziehe dieses „Geschenk“ dann überhaupt zurück. Dadurch aber, daß Herr Siems diese Prämie, dieses Lohnmittel als „Geschenk“ bezeichnet, wird seine Arbeiterfreundlichkeit in das rechte Licht gestellt. Wir können den Arbeitern dieser Spinnfabrik nur raten, durch eine Klage in dieser Angelegenheit einmal eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen, damit diese ungewöhnliche Ausbeutung einmal ein Ende nimmt, selbst auf die Gefahr hin, daß dieses Danaergeschenk zurückgezogen wird. Es gereicht diesem hochrentablen Unternehmen nicht zum Ruhm, daß es den Erzeugern dieser Millionenprofite den reell verdienten Lohn vorenthält. Es sei hier nur bemerkt, daß andere Tüllweber für dieselbe Arbeit nicht bloß 4 1/2 Pf., sondern 6—7 Pf. pro Maß bezahlen. Doch geradezu aufreizend ist folgende Pflögenheit. Wird ein Weber krank, so werden ihm für die ersten drei Tage 180 Maß von der Prämie abgezogen, ein Betrag von 8,55 Mk. Wenn eine Maschine in Reparatur ist, so werden pro Stunde

10 Pf. vergütet, in 11 Stunden also 1,10 Mk. Da er aber auf der anderen Maschine im Höchstfalle 2,40 Mk. verdient, ist in diesem Falle der Tagesverdienst 3,50 Mk. Dafür werden ihm aber für die stehende Maschine pro Tag 30 Maß oder 1,42 Mk. von der Prämie abgezogen. Er zahlt also in Wirklichkeit noch einen Teil der Reparaturkosten. Als ein Weber ob dieser Ungerechtigkeit vorstellig wurde, erklärte ihm Herr Siems: „Das sind Fabrikbestimmungen und die bestimme ich. Wenn es Ihnen nicht paßt, so geben Sie zur Konkurrenz.“

Die Lohnverhältnisse in diesem Betriebe sind die denkbar schlechtesten. Die Arbeitszeit, die in 14 Tagen, bei Tag- und Nachtschicht, 130 Stunden beträgt, ist in keinem gleichartigen Betriebe so ausgedehnt wie hier. Der Stundenlohn des Hilfsarbeiters beträgt 23—30 Pf., für Weber 30—35 Pf., doch arbeiten letztere alle im Afford, wobei sie vielfach nicht den Stundenlohn verdienen. Es gibt Weber, die infolge schlechter Maschinen und sehr schlechten Materials pro Tag nicht mehr als 60 Maß schaffen können. Da fällt dieses „Geschenk“ von „Prämie“ selbst aus, und die Arbeiter der 22 Proz. Dividende schludenden Aktionäre müssen bei 2,85 Mk. und noch weniger ein menschenwürdiges Dasein führen.

III.

Sonstige Verhältnisse.

Haben wir uns jetzt einmal die der jetzigen Existenzanforderung hochsprechenden Löhne näher betrachtet, so kommen wir ganz von selbst zu dem Schlusse, auch auf die sonstigen Verhältnisse einzugehen, um ein vollständiges Bild über die Lage der Geloteten des Kapitals im Hölhatal zu geben. Aus technischen Gründen ist von der Firma die Tag- und Nachtschicht eingeführt und obwohl die letztere an und für sich schon gesundheitsmörderischer ist, beträgt dieselbe pro Nacht 10 1/2 Stunden. Der, ebenfalls aus technischen

Meidet den Alkohol!
Zhr bekämpft dadurch recht wirksam Eure schlimmsten politischen Gegner und schont Euren Geldbeutel, nicht minder :: denn Eure Gesundheit ::

Nüchtern, zum Oelen der Maschinen verwendete Graphitstaub findet infolge des Fehlens der Ventilation eine erhöhte Niederschlagsgelegenheit auch auf den Körpern der Arbeiter und erwirkt durch das stete Eindringen in die hier atmende Proletarierlunge eine langsame, aber desto sichere Zerstörung der Lektoren. Da der im Gesicht und an den Händen haftende Staub, infolge der zur Verfügung gestellten kalten Waschwassers und ungenügender Auswechslung der Handtücher, nur mangelhaft entfernt werden kann, so muß man, sieht man diese ruhigen Blusenmänner aus dem Betrieb kommen, unwillkürlich an das Weberlied denken:

„Mei Vo'r is a Leineweber, rumbidum.
Vor Hunger (Dred) sieht'r aschefeale, rumbidum.
Und wie wir bäumen auch und maun,
Zun uns keen beß'r Lahm erschau, riß, raß, rumbidum.“

Lebhafte Klage wird auch über die sich im schlechten Zustande befindlichen Aborte geführt.

Die Lohnzahlung findet Freitags abend von 4/6—4/7 Uhr statt. Da sich jeder Arbeiter seinen „Lohn“ selbst holen muß, findet ein derartiges Gedränge statt, daß man von einem bildlichen Kampfe ums Dasein sprechen kann.

Auch einen Arbeiterauschuss finden wir vor. Derselbe ist ein auf Lebenszeit gewähltes „Decorationsstüd“. Eine periodisch wiederkehrende Neuwahl findet überhaupt nicht statt, es steht nur in der Arbeitsordnung: „Ergabwahl findet statt, wenn die Zahl der Mitglieder durch Abgang oder Tod auf die Hälfte sinkt.“ Derartige Bestimmungen können eben bloß von einer reaktionär verknöcherten sächsischen Amtshauptmannschaft für unbedenklich befunden werden. Auf alles einzugehen, würde zu weit führen, obwohl noch manches in der Fabrikordnung und dem Betriebskrankenkassenstatut der Kritik wert wäre.

Zur besseren Anebelung und Willfährigmachung der teuren Arbeiter sind natürlich auch eine ganze Anzahl Fabrikwohnhäuser

vorhanden. Der Mietvertrag ist ein wahres Prunkstück vorstuflicher Feudalzeit. Die Miete wird gleich vom Lohn in Abzug gebracht. Im Verträge selbst finden wir eine derartige Verordmung der Mieter (§ 8) und Schadloshaltung des Vermieters, daß wir die schwer erlangte Abschrift des Mietvertrages der Veröffentlichung für wert erachten:

Mietvertrag.

§ 1. Carl Siems u. Co., C. G., vermieten an Herrn . . . ab 1. Mai 1902 eine Familienwohnung mit Garten und Hof für den jährlichen Mietzins von Einundvierzig Mark und 40 Pf. § 2. Dieser Vertrag beginnt am 1. Mai 1902 und endigt nach erfolgter einmonatlicher Kündigung vom Mieter oder Vermieter derart, daß er mit Ende des nächsten Monats, an welchem die Kündigung erfolgt, abläuft. Auch ist die Kündigung am ersten des Monats für Ende desselben noch gestattet.

§ 3. Der Mietzins ist monatlich postnumerando mit 11,70 Mk. zu bezahlen. Eine Zahlungsverzögerung von mehr als 14 Tagen hat die Kündigung dieses Mietvertrages zur Folge.

§ 4. Ist der Mieter bei Ablauf der Kündigungszeit noch Mietzins schuldig, so verpflichtet er sich, von seinem Besitztum dem Vermieter soviel als Pfand in der Wohnung zurückzulassen, daß derselbe reichlich gedeckt ist.

§ 5. Der Mieter übernimmt die Wohnung in gutem, bewohnbarem Zustande, hat sie innerlich und äußerlich sauber zu halten und bei Vertragslösung wieder in gutem Zustande dem Vermieter zu übergeben.

§ 6. Die Kosten der Erhaltung der Wohnung in gutem Zustande hat der Mieter zu tragen, besonders auch Reparaturen und Erneuerungen an Oefen und Ofenrohren, sowie Ersatz zerbrochener Fensterscheiben. Aenderungen der Wohnung darf der Mieter nur mit Vermieters schriftlicher Genehmigung vornehmen.

§ 7. Zeigen sich Mängel am Gebäude, an denen der Mieter keine Schuld trägt, so hat solche der Vermieter zu beseitigen, derselbe ist aber nicht verbunden, dem Mieter für etwa dadurch entstandene Nachteile aufzukommen.

§ 8. Die Behebung der Dachung des Hauses (besonders beim Aufziehen und Abnehmen der Flaggen) darf nur mit weicher Fußbekleidung erfolgen, widrigenfalls der Mieter für allen Schaden am Dache aufzukommen hat.

§ 9. Die vom Vermieter dem Mieter als Inventarium zu übergebende Flagge hat derselbe nur nach den ihm zugehenden Vorschriften aufzuziehen und abzunehmen, sonst gut aufzubewahren und bei der Lösung des Mietvertrages dem Vermieter wieder zu übergeben.

§ 10. Der Inhalt der Dünger- und Aschengruben gehört dem Vermieter, soweit der Mieter denselben nicht zur Pflege des ihm zur Bewirtschaftung überlassenen kleinen Gartens braucht.

§ 11. Der Mieter darf Personen, welche bei dem Vermieter in Arbeit stehen, Quartier geben. Jedenfalls darf der Mieter entweder nur männliche oder nur weibliche Personen in Logis nehmen.

§ 12. Der Mieter ist für das Tun und Treiben der Mitbewohner seiner Wohnung dem Vermieter gegenüber allein verantwortlich, auch für die durch dieselben etwa verursachten Schäden.

§ 13. Es ist nicht gestattet, vor dem Hause Wäsche, Kleider und dergleichen aufzuhängen.

§ 14. Das Halten von Haustieren ist nur mit Genehmigung des Vermieters gestattet.

§ 15. Der Mieter hat dem Vermieter oder dessen beauftragten Beamten zu jeder Zeit zu gestatten, die Wohnung allein oder in Begleitung anderer Personen zu besichtigen.

§ 16. Im Falle der Vermietung mit militärischer Einquartierung belegt wird, gleichviel auf welches seiner Grundstücke, so ist der Mieter verpflichtet, bis zu 4 Mann einzuquartieren. — Erscheint die von der Behörde dafür zu gewährende Entschädigung durchaus ungenügend, so verpflichtet sich der Vermieter zu einer Zuzufuhr bis höchstens der Hälfte des gleichen Betrages, welchen die Behörde gewährt.

§ 17. Die Straße vor dem Hause, sowie den hinter den Höfen entlang führenden Weg hat der Mieter so oft als nötig, jedenfalls alle Sonnabende, zu kehren und im Winter soviel vom Schnee befreien zu lassen, als es für den Verkehr zweckmäßig ist.

§ 18. Jeder Mieter ist verpflichtet, streng darauf zu achten, daß in seiner Wohnung mit Feuer und Licht vorsichtig umgegangen wird, und daß er seine Mobilien bei einer als solide bekannten Versicherungsgesellschaft gegen Feuer versichert. Die betreffende Police ist dem Vermieter oder dessen beauftragten Beamten 14 Tage vor Beziehung der Mietwohnung vorzulegen, welcher auf dem Mietvertrage den nötigen Vermerk darüber notiert.

§ 19. Alle an den Häusern angebrachten Latenzspaliere, sowie die an dieselben gepflanzten Bäume und Sträucher sind beim Verlassen des Logis zu belassen, also nicht zu entfernen oder zu vernichten, gleichviel, ob solche vom Abmieter angeschafft worden sind oder schon vorher angebracht oder angepflanzt waren, ohne daß vom Vermieter irgendwelche Entschädigung dafür gefordert werden kann.

dadin besteht, daß die mit Natronlauge getränkten Gewebe, bevor sie der Einwirkung des Dampfes und der Mangelwalzen (Presswalzen) ausgesetzt werden, mit laugehaltigem Wasser besprüht werden. Hierdurch wird bewirkt, daß der Dampf und die mit dem Dampf auf das Gewebe wirkende Luft nicht unmittelbar auf die feinen Härchen der Gewebeoberfläche einwirken können, weil dieselben durch das vorher erwähnte Annehmen mit laugehaltigem Wasser bedeckt sind. Die Folge davon ist, daß die Ware an der Oberfläche nicht in Oxydellöse verwandelt wird, und demnach auch streifige Färbungen, welche die Verkaufsfähigkeit der Ware beeinträchtigen, vermieden werden.

(„Monatsschrift f. d. ges. Textilindustrie.“)

Technische Fortschritte in der Textilindustrie. Bandwebstuhl mit Schafmaschine. Laut Beschluß des österreichischen Patentamtes ist neuerdings auf folgende Erfindung ein Patent erteilt worden: Bandwebstuhl mit Schafmaschine, dadurch gekennzeichnet, daß die Triebwerke, die einerseits zwischen der bei jeder Umdrehung einen Ladengang (Hin- und Hergang) bewirkenden Stuhlhauptwelle und der Schafmaschine und andererseits zwischen derselben Stuhlhauptwelle und den Schützen eingeschaltet sind, so eingerichtet sind, daß für jeden Ladengang das Fach, bezw. das Doppelfach zweimal geöffnet und dementsprechend durch jeden Schützen der Schuß zweimal eingelegt wird. — Selbstschmelzende Treiberpindel für Webstühle. Das österreich. Patentamt hat neuerdings beschlossen, folgende Erfindung unter Patentchutz zu stellen: Selbstschmelzende Treiberpindel für Webstühle, bestehend aus einem dickwandigen, an einem Ende geschlossenen und am anderen Ende mit einem Delnapf verbundenen Rohr, durch dessen Wandung oben ein Luftloch oder mehrere derselben und seitlich ein Oelloch oder mehrere derselben von solch kleinem Durchmesser geböhrt sind, daß das Del kapillarisch am Auslaufen gehindert und nur beim Vorbeistreichen des Treibers aus dem Loch entnommen wird. — Maschine zum Einlesen des Fadenkreuzes in Webketten. Weiter hat das österreichische Patentamt beschlossen, folgende Erfindung unter Patentchutz zu stellen: Maschine zum Einlesen des Fadenkreuzes in Webketten, dadurch gekennzeichnet, daß die Stellung der Kreuzhalmittel nach Einführen eines jeden abgeteilten Kettenfadens oberhalb und unterhalb der Kettenebene unter Kreuzen derselben gewechselt wird und die Kreuzhalmittel mit den sie auf- und abwärtsbewegenden Gliedern in solcher kraftschlüssigen Verbindung stehen, daß nach jedem Stellungswechsel eine Trennung der kraftschlüssigen Verbindung zum Durchlassen des abgeteilten Kettenfadens in Höhe der Kettenebene stattfinden kann, worauf Sperrglieder die erlangten Stellungen der Kreuzhalmittel sichern. — Neues Verfahren zur Baumwoll-Egrenierung. Das erste Verfahren, dem die Baumwolle nach der Ernte unterworfen wird, ist das Egrenieren (im Englischen Ginning), das gewöhnlich schon gleich auf dem Felde geschieht

und dazu dient, die etwa erbsengroßen Samenförner vom Faserstoffe zu entfernen. Während in allen folgenden Verfahren bei der Baumwollzurichtung im Laufe der Zeiten große Fortschritte gemacht sind, ist man beim Egrenieren noch immer auf demselben Standpunkt stehen geblieben, wie es seit hundert Jahren in ziemlich primitiver Weise ausgeübt wird. Das neue „Doremus“-System stellt eine Verbindung des Reifwolles mit dem Sägewerk dar. Die rohe Baumwolle wird zunächst durch den Wolf aufgerissen und fällt dann durch eine Reihe hintereinander aufgestellter, sich gegeneinander drehender Sägen (etwa zehn) mit immer kleiner werdendem Spielraum, wobei jedesmal ein Teil der Watte zurückbehalten wird, bis schließlich die gründlich entfernten Samenförner allein zurückbleiben. Durch dieses neue Doremus-Verfahren soll nicht nur die Trennung von Watte und Samen fast ganz ohne Abfall erreicht werden, sondern die Watte die Maschine auch schon in glatten Lagen verlassen, so daß dadurch auch das spätere Kabinieren derselben wesentlich erleichtert werde. Außerdem würden die Fasern selbst bedeutend mehr als bei dem Whiteneb-Verfahren geschont. Es träten fast gar keine Brüche mehr ein, so daß die volle Länge der Faser beim Spinnen ausgenutzt werden könne. Ein weiterer Vorzug des Verfahrens sei noch, daß die Samen schon gleich soweit zugerichtet werden, daß sie sofort in die Delpresse gegeben werden könnten.

Englische Unternehmenslust in Amerika. Die bekannte englische Firma Samuel Courtauld, die vor einigen Jahren in Coventry eine Kunstseidenfabrik errichtet hat, baut jetzt in der Nähe von Chester (Pennsylvania) eine Fabrik zur Gewinnung von Kunstseide aus Baummark. Es sollen hier pro Woche 10 000 Pfund Viskosefaser produziert und 450 Arbeitskräfte beschäftigt werden. Alle Maschinen werden von England aus geliefert. Das Unternehmen in Amerika firmiert American Viscose Company und verfügt über 1 Million Dollar Kapital. („Confectionary.“)

Die Amerikanerin als europäische Kundin. Aus dem amtlichen Bericht für das am 31. Juli abgelaufene Fiskaljahr 1909/10 ergibt sich, daß nicht weniger als für 38 Millionen Dollar Spitzen und Stickereien innerhalb eines Jahres von Europa nach Amerika exportiert wurden.

Von den Webstühlen. Städtische höhere Webeschule zu Berlin. Die Kurse an der städtischen höheren Webeschule zu Berlin (Markusstr. 49) beginnen für die Tagesschule am 13. Oktober d. J. 8 Uhr, für die Abend- und Sonntagsschule am 16. Oktober um 9 Uhr. Ein kaufmännischer Fachkursus (44 Wochenstunden) ist eingerichtet zur Erwerbung von Warenkenntnissen im Gebiete der Textil- und Konfektionsindustrie, und außerdem bestehen Abteilungen für Musterzeichner, Damen- und Wäschekonfektion, Laboratorien für Chemie, Färberei, Druckerie, Lehrwerkstätten für Weberei, Strickerei, Hand- und Maschinenstickerei, Posamentiererei. Ausführliches ist aus den kostenlos erhältlichen Programmen zu ersehen. — Höhere Webeschule und Webereifach-

schule Chemnitz. An genannter Anstalt beginnt das nächste Semester am 3. Oktober. Wir machen Interessenten darauf aufmerksam, daß Anmeldungen zur Aufnahme baldigst erfolgen möchten. Die Schule hat sich fortgesetzt steigender Frequenz zu erfreuen. Im Sommersemester wurde sie von 115 Tagesschülern und 139 Abendschülern (insgesamt 254) besucht. Mit Beginn des neuen Semesters wird übrigens Herr Kurt Schmidt, Inspektor am Königlichen Landesgewerbemuseum zu Stuttgart, als Lehrer für Zeichen, Malen, Entwerfen, Stil- und Geschmackslehre in das Lehrerkollegium eintreten.

Das 50 000. Stück ist in der Buchstiftfabrik der Firma O. Wetterlein in Neukirchen bei Grimnitzschau dieser Tage fertiggestellt worden. Aus diesem Anlaß erhielt jeder Arbeiter ein Geldgeschenk.

Preiserhöhung. Der Verband der österreichisch-ungarischen Futereindustriellen hat beschlossen, vom 16. d. M. ab die Preise für Gewebe um 10 Proz. zu erhöhen. Preise für Garne werden um 6 Heller pro Kilogramm erhöht.

Konkurse. Die Tuchfabrik Hermann Walte in Kottbus hat den Konkurs angemeldet. Die Passiven sollen zirka 800 000 Mk. betragen.

Joseph Kohler, Kunststickerei, München, in Konkurs. Ueber das Vermögen des gleichnamigen Firmeninhabers ist das Konkursverfahren eröffnet worden.

Zum Konkurs der Wollwarenfabrik C. G. Rahnis in Pöschneck. Den Gläubigern ist ein Zwangsvergleichsvorschlag auf der Basis von 30 Proz. zugestellt worden. Sowohl der Gläubigerausschuss als auch der Konkursverwalter haben die Sachlage sorgfältig geprüft und die Annahme des Vorschlags empfohlen, da eine höhere Quote bei Durchführung des Konkurses keinesfalls zu erwarten ist.

Die Fute Spinnerie und Zwirnerie Rich. Fald in Reichenbach in Konkurs. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Richard Fald ist das Konkursverfahren eröffnet worden.

Neue Stickereierwerke. In Plauen im Vogtlande wird in nächster Zeit der Betrieb der Stickereierwerke A.-G. mit 50 neuen Automatenmaschinen eröffnet werden. Als Leiter dieses Betriebes ist, wenn wir recht berichtet sind, Herr Fr. Schaffhauser, vorher in Firma A.-G. Heine in Arbon (Schweiz) nach dort berufen worden und sollen die schweizerischen Artikel dort eingeführt werden. Ist das richtig, so können die Plauerer Sticker, welche in dem Betriebe arbeiten werden, sich auf etwas gefast machen; die Firma Heine in Arbon war es, welche im Vorjahre den brutalen Hungersunterversuch gegen ihre Sticker unternahm. Herr Schaffhauser kommt also mit guter Empfehlung.



§ 20. Beide Teile erklären sich mit vorstehendem Vertrage allenthalben einverstanden, entsagen allen entgegenstehenden Aus-

Blau bei Flöha, anno Domini 1902.
Nacklos bebrumdet: Carl Siemens u. Co., C. G.
Der Mietkontrakt erhält auf Anweisung der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen, Dresden, zu § 11 folgenden Zusatz:

„Die Untervermietung wird von der Genehmigung des Vermieters von Fall zu Fall abhängig gemacht und kann jederzeit widerrufen werden, sobald die betreffende Wohnung als überfüllt anzusehen ist oder sonst irgendwelche Bedenken wohnungspolizeilicher Beziehung vorliegen. Jedenfalls aber kann in einem Hause die Untervermietung nur an Personen einerlei Geschlechts genehmigt werden.

Von vorstehendem Nachtrag hat Mieter Kenntnis erhalten, was er durch Unterschrift bestätigt.

Blau bei Flöha, 14. Februar 1903. (Name.)
Werte Kolleginnen und Kollegen des Flöhatales! Besinnt Euch endlich Eurer Menschenrechte, rafft Euch auf zum Kampfe gegen solches Schicksal! Zeigt, daß Ihr gesonnen seid, an dem Millionenprofite teilzunehmen, damit auch Ihr der Kunst und Wissenschaft leben könnt.

Darum hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband, zur Erämpfung der Vollwertigkeit des Daseins! Aus dem Glend heraus, dem Menschheitsglück entgegen! Schließt Euch ohne Ausnahme Eurer Berufsorganisation an, dann ist eine Luft zu leben und zu wirken. Ist der Acker gut bestellt, so wird die Saat sprießen, es wird eine reiche Ernte werden:

Hört Ihr nicht der Freiheitsglocken
Gehre klare Zaubertöne,
Wie sie rufen, mahnen, locken,
Seil Euch künden, Arbeitsjöhne?
Dringt nicht Frühlicht neuer Zeiten
Bis zur Quelle Eurer Leiden?
Auf! Frisch auf! Zum Sturm gerüstet!

R. II.

Nochmals: Heuchler!

Das Kempener Zentrumblatt zur Bekämpfung der Sozialdemokratie kritisiert unsere Notiz, die wir in Nummer 88 aus Anlaß des Ablebens eines der ältesten Mitglieder des katholischen Seidenwebervereins brachten und worin nur ganz gelinde angedeutet wurde, welcher Geist in den Reihen derer zu Hause ist, die sich so gerne über den Sauerbenton anderer entrüsten und dabei ihn selbst pflegen, die Lasterang predigen, doch beileibe nicht üben, die immerfort über Terrorismus ihrer Gegner greifen, dem sie selbst hulbigen. Diese Leute sprechen von der Virtuosität anderer im Konstruieren von unwahren Dingen; eine Eigenschaft die sie grade selbst erblich, und zwar im höchsten Grade besitzen. Warum fürchtet und warnt der Volksmund, mit einem sogenannten Lateiner anzubinden? Vielleicht dessen Ehrlichkeit wegen? Oder vielmehr, weil das Volk die Jesuitenmoral: der Zweck heiligt die Mittel kennen lernte?

Nach dem „Niederrheinischen Tageblatt“ soll es eine Schauer- mär gewesen sein, worüber wir berichteten. Kein, verehrte Kemp- nerin, das war es nicht, sondern es entsprach den Tatsachen, und dabei wollen wir gleich verraten, daß wir noch viel derber hätten werden können, was wir jedoch aus angeborenem Anstandsgefühl unterließen.

Unser Artikel war den Häuptlingen des katholischen Seiden- webervereins in die Glieder gefahren, und nun wurde in dem alten, denkwürdigen Vereinszimmer Kriegsrat gehalten; es wurde, wie üblich, tüchtig über die verruchten Sozialdemokraten geschimpft. Das Ergebnis des großen Quarks war folgendes: Es wurde „fest- gestellt“, daß sich keiner entfennen konnte, wann und ob die von uns geschilderte Begebenheit sich zugetragen; ferner wurde „fest- gestellt“, daß es wohl möglich ist, daß sich die Begebenheit „in der Hitze des Gefechts“ so wie von uns geschildert zuge- tragen hat; zum Schluß wurde dann noch „fest gestellt“, daß es von der hohen Corona allgemein bestritten wird, und zwar ent- schieden bestritten wird, daß sich die Begebenheit überhaupt zu- getragen hat. — Diese Entschlüsse der Ratversammlung atmen gewiß große Weisheit, dagegen ist ein salomonisches Urteil bloß Wasser. Eins ist gewiß, bei den Beratungen wird es hoch her- gegangen sein und in der „Hitze des Gefechts“ wird wohl manches Glaschen umgestoßen worden sein. So wichtige Beratungen müssen „begossen“ werden, damit auch der „richtige Geist“ über der Ver- sammlung schwebt. Nachher ist man dann zur Zentrumsredaktion gelaufen und hat dort die „gleichgesinnten bösen Geister“ be- schimoren, gegen die Umstürzler loszugehen. Der Feldzug ist miß- lungen und die Waffen, die geschwungen wurden, waren nur töner- n. Wenn die Angelegenheit, worüber wir in unserem ersten Artikel schrieben, in einzelnen Teilen auch Jahre zurückliegt, so betonten wir doch ausdrücklich: daß durch den Tod des alten Webers, der Mitglied des Kempener katholischen Seidenwebervereins war, so manches in die Erinnerung zurückgerufen wurde. Erinnerungen nicht nur an die Toten, sondern vor allem auch an die Lebenden. Uebrigens, Organen von der Sorte des „Niederrheinischen Tage- blattes“ steht es verflucht schlecht an, sich daran klammern zu wollen, daß die Sache etwas zurückliegt; ist sie es doch, die bei jeder Reichstagswahl ihren Lesern steinalte, längst widerlegte Mährchen über ihre politische Gegner vorsetzt. Das verkommenste und verlogenste Zeug wird, und wenn es ein halbes Jahrhundert zurückliegt, immer wieder gekauft. Was verächtlich, wenn nur der Acker gelingt, der Zweck heiligt ja alle Mittel. In seinem Buche „Der katho- lische Journalismus“ sagt der Jesuitenprovinzial Chian- dano auf Seite 92: „Gegenüber Gegnern geht keine Beschimpfung über das erlaubte Maß hinaus, wenn sie nur ihrem Zweck entspricht.“ Und auf der- selben Seite steht folgende Aufforderung: „Die offenen Feinde Gottes muß man verschreien, soviel man kann.“ Das Buch hat am 30. Dezember 1903 die „helle Billigung“ des Papstes erhalten. Für die Presse einer Partei, die angeblich für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpft, sind diese Anleitungen zur Lüge und Beschimpfung sehr passend. Die Zentrums- presse braucht freilich das Buch des Jesuiten und die päpstliche Sanktion solcher unehelichen Kampfweise nicht mehr, sie hat schon immer nach diesem Rezept gearbeitet.

So mag denn auch das „Niederrheinische Tageblatt“ ruhig weiter über die rote Internationale geifern und uns in ihren Spalten mit Rot beweren; wen sie dabei bejudeit, das ist sie selbst. Denen vom Kempener katholischen Seidenweberverein aber und den verwandten Seelen vom „christlichen“ Textilarbeiterverband sei hiermit ins Ohr geblüht, daß, wenn ihnen danach geküht, wir sehr gerne bereit und auch in der Lage sind, ihr Erinnerungs- vermögen zu schärfen.

Christliches aus Bamberg.

Es ist eine bekannte Taktik unserer lieben Freunde von der M.-Gladbacher Fakultät, allemal dann, wenn sie mit ihrer Stra- tegie Fiasco gemacht haben, nach der bekannten „Galtet-den-Dieb“- Methode den roten Lappen zu schwenken, um so die Aufmerksamkeit

leit der betörten Massen von sich und ihrer verunglückten Tätigkeit abzulenken. Namentlich bei den christlichen Gewerkschaftsführern hat sich im Laufe der Zeit diese wenig lobenswerte Eigenschaft be- sonders im gewerkschaftlichen Kampfe zu einer gewissen Virtuosität ge- steigert. Den vielen großen und kleinen Geifern, die heute in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig sind, ist es tatsächlich zur zweiten Natur geworden, sich in der geschilderten Art und Weise bei jeder Gelegenheit frei nach Windhorst „mit Gottes Hilfe kräftig durchzuzugeln“.

In Bamberg, der alten schwarzen Hochburg in Nordbayern, wo durch den Zusammenbruch der von dem Baumwollkönig Sem- llinger, dem bekannten Baumwollindustriellen, aufgepöpelten gelben Bewegung die Massen der Textilarbeiter im vergangenen Jahre in größerer Anzahl den Weg zur Organisation fanden, hat jetzt der christliche Textilarbeiterverband eine Lohnbewegung in der Baumwollspinnerei in einer Art und Weise abgewürgt, die den betörten Mitgliedern dieses Verbandes anschaulich zeigt, daß sie vom Regen in die Traufe geraten sind, als sie, die vordem größten- teils Mitglieder des gelben Werkvereins waren, sich dem christ- lichen Verbands angeschlossen. Bereits im Januar dieses Jahres, zu einer Zeit, wo mehr als neunzig Prozent der Christlichen erst einige Wochen Mitglieder ihrer Organisation waren, wurde in einer vom christlichen Verband einberufenen Betriebsversammlung die Lohnbewegung beschlossen. Es wurde gleich eine Kommission gewählt, welche einen neuen Lohnvertrag auszuarbeiten sollte. Dem Vertreter des deutschen Verbandes, der an obiger Versammlung teilnehmen wollte, weil in dem Betriebe auch eine Anzahl Mit- glieder unseres Verbandes in Frage kamen, wurde damals der Eintritt verweigert und ihm mit „die-Stiegen-hinunterwerfen“ ge- droht. Das tat auch dieselben Leute, die in ihren Preßorganen stets und ständig geifern über die angeblichen „Monopolbestrebungen“ der bösen Roten! Derselbe Führer Müller, der damals uns den Zutritt verwehrte, hatte erst wenige Tage vorher unter Zeugen erklärt: „Lohnbewegungen machen wir zusammen, müssen wir zusammen machen.“ Doch der kleine christliche Gernegroß wollte die Bewegung in der Baumwollspinnerei allein führen, um der staunenden Welt zu zeigen, über welche großen strategischen Geister die Christen verfügen! Na, Müller hat denn auch die Bewegung allein gemacht, und wie! Das große Licht in Bamberg hat es verstanden, über ein halbes Jahr die betörten Mitglieder mit Verpflegungen zu füttern! Nach dem eine Unzahl Betriebs- versammlungen immer und immer wieder „zur gegenwärtigen Lohnbewegung“ Stellung genommen hatten, ohne daß ein positives Ergebnis zu verzeichnen gewesen wäre, hat man endlich des grau- samen Spiels ein Ende gemacht und die Arbeitererschaft auf kommende Zeiten, d. h. auf den St. Nimmerleinstag, vertröstet. Die Konjunktur in der Baumwollbranche muß jetzt den tapferen christlichen Strategen dazu herhalten, ihr Fiasco zu entschuldigen. Daneben wird denn nach der eingangs geschilderten Art und Weise auf die bösen Roten herumgehauen, weil dieselben die Maßnahmen der frummen Christen nicht zu würdigen verstehen.

Nun mag unbestritten zugegeben werden, daß die geschäftliche Lage in der Baumwollindustrie nicht die beste ist; aber wir möchten an unsere Christen die Bitte richten, uns folgende Frage zu be- antworten: Wie war bei Beginn der Bewegung die Konjunktur? War sie gut, warum hat man dann über ein halbes Jahr ge- wartet, energisch vorzugehen? War die Konjunktur aber schlecht, wie verantworten es dann die „vorsichtigen Taktiker“ im christ- lichen Lager, zu einer solchen Zeit überhaupt in eine Bewegung zu treten? Auf diese Fragen zu antworten, wäre besser, als jetzt noch über die bösen Heizer aus dem roten Lager zu schimpfen, wie es im schwarzen „Bamberger Volksblatt“ getan wird. Mit solcher ödem Schimpferei wird verdammt wenig bewiesen, und wer schimpft, statt für sein Verhalten plausible Gründe ins Feld zu führen, hat stets und ständig unrecht.

Uebrigens beginnt den Oberchristen ihre Situation höllisch unbehaglich zu werden. Die Mitglieder sagen in Haufen der christ- lichen Fahne Valet, trotzdem sie in einem Flugblatt, welches von der christlichen Bezirksleitung herausgegeben wird, beschwört werden, doch dem Verbands treu zu bleiben. Der Deutsche Textil- arbeiterverband, der durch diese verunglückte Bewegung der Christen einen Haufen Uebertritte von dem christlichen Verbands zu verzeichnen hat, hatte am Montag, den 19. September, nach Gaustadt eine öffentliche Versammlung einberufen, welche einen überfüllten Besuch aufzuweisen hatte und in der die Handlungs- weise des christlichen Müller gehörig an den Pranger gestellt wurde. Leider glänzte der schöne Gerhart, trotzdem er brieflich eingeladen war, durch Abwesenheit. Seine verlorene Position suchten ver- schiedene Ortsgruppenvorstandsmitglieder zu verteidigen, die in- dessen dermaßen toll es, unverdautes Zeug schwapten, daß sie ihrer Sache einen besseren Dienst geleistet haben würden, wenn sie ge- schwiegen hätten. Als die zahlreich erschienenen Mitglieder des christlichen Verbandes, von denen verschiedene, um ihren Mannes- mut zu beleben, bedenklich über den Durst getrunken hatten, sahen, daß sie nicht imstande waren, unsere Redner, die Kollegen Fein- hals und Trimborn, sachlich zu widerlegen, inszenierten sie unter sich einen Krakeel, durch den die Fortsetzung der Versamm- lung unmöglich gemacht wurde. Inzwischen sind die christlichen Fanatiker mit ihrer sauberen Taktik, uns durch den von ihnen verübten Spektakel die Kritik unmöglich zu machen, nicht auf ihre Rechnung gekommen. Auch in dieser Versammlung erhielten wir wiederum Uebertritte von den Christen. Weitere werden folgen. So zeigen unsere schwarzen Felben sich durch ihre arbeitser- splitternde Tätigkeit als einen Teil von jener Kraft, die zwar nur Böses will und dennoch Gutes schafft. Unsere Bewegung marschiert, auch im schwarzen Bamberg, trotz alledem!

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909.

III.

Die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften verzeichnen für 1909 einen Mitgliederbestand von 108 028 gegenüber 105 633 im Jahre 1908, somit einen Zuwachs von 2395. Die Mitgliederzahl der meisten Gewerkschaften ist so gering, daß kaum mit diesen Organi- sationen gerechnet werden kann. Welche Bedeutung kann man einer Organisation der Bauarbeiter mit 830, oder der Bergarbeiter mit 2405, oder der Textilarbeiter mit 7036 Mitgliedern beilegen. Nur wenige Gewerkschaften haben eine nennenswerte Anzahl Mit- glieder. Auf die Gewerkschaften in den einzelnen Berufen ent- fielen 1909 Mitglieder:

- Bauhändler 830 (+ 62), Bergarbeiter 2405 (+ 341), Bild- hauer 275 (- 41), Brauer 970 (- 51), Eisenbahner 1100 (+ 980), Fabrik- und Handarbeiter 15 597 (+ 341), Gärtner (- 70), Gemeindegewerkschaften 1344 (+ 155), Graphische Berufe und Maler 1339 (+ 369), Handelshilfsarbeiter (- 164), Holzarbeiter 5822 (+ 357), Kaufleute 18 300 (+ 127), Konditoren 112 (- 75), Maschinenbau- und Metallarbeiter 37 647 (- 329), Reppschläger 42 (- 1), Schiffszimmerer 295 (- 123), Schneider 4616 (+ 143), Schuhmacher und Lederarbeiter 5020 (- 230), Selbständige Be- rufe (- 131), Steinarbeiter 200 (+ 63), Textilarbeiter 7036 (+ 655), Töpfer 1525 (- 200), Wäger und Maschinisten 57 (+ 57), Zigarren- und Tabakarbeiter 2050 (+ 150), Frauen und Mädchen 688 (- 15).

Die Schwäche der Organisation soll nun, ebenso wie im Vor- jahre, durch eine möglichst hohe Einnahme und Ausgabe verdeckt werden. Schon im Jahre 1908 wurden ganz unzulässigerweise die Einnahmen und Ausgaben der selbständigen Krankenkassen den Gewerkschaften zugerechnet. Als wir dies in unserem Jahres- bericht eine absichtliche Fälschung nannten, protestierte der „Ge- werksverein“ und behauptete, es sei das gute Recht der Gewerks- vereine, solche Verrechnung zu machen, da auch in den anderen

Gewerkschaftsgruppen die Krankenunterstützung eingerechnet wird. Entweder ist der Zentralrat der Gewerkschaften über die Einrich- tungen der Gewerkschaften nicht unterrichtet, oder er hat die Absicht, die Mitglieder und die Öffentlichkeit zu täuschen. In den Gewerkschaften ist die Krankenunterstützung in gleicher Weise wie Arbeitslosen-, Reise- und Gemahregeltenunterstützung eine Einrichtung der Organisation. Besondere Beiträge werden für diesen Unterstützungszweig nicht erhoben, ein Rechtsanspruch der Mitglieder auf diese Leistung besteht nicht. Die Krankenkassen der Gewerkschaften aber sind eingeschriebene Hilfskassen, mithin völlig selbständige Organisationen. Die Statuten lassen darüber gar keinen Zweifel. Sie tragen die Bestätigung durch die Polizei- behörde, daß die Kassen als eingeschriebene Hilfskassen zugelassen werden. Diese Kassen werden auch in der alljährlich von dem Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen Uebersicht über die Krankenversicherung geführt. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um Zuschußkassen, sondern auch um zwei dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügende Kassen, die des Gemein- vereins der graphischen Berufe und die der deutschen Kaufleute. Für 1908 werden in der Statistik der Kirch-Dunderschen Gewerks- vereine bei dem Gewerksverein der graphischen Berufe die baren Ausgaben an Krankengeld und an Sterbegeld in gleicher Höhe an- gegeben wie in der Statistik über die Krankenversicherung in Berlin. Bei dem Gewerksverein deutscher Kaufleute gibt die Statistik der Gewerksvereine für Unterstützung bei Krankheitsfällen 178 013 M. an, während die Krankenversicherungsstatistik nur 75 476 M. ver- zeichnet. Die erstere Summe kommt aber heraus, wenn zu letzterer hinzugerechnet werden: ärztliche Behandlung 54 592 M., Arznei und sonstige Heilmittel 41 336 M., Krankengelder an Angehörige 839 M. und Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten 6269 M. Alle diese Ausgaben rechnet nun die Zentralstelle der Kirch-Dunderschen Gewerksvereine als solche des Gewerksvereins deutscher Kaufleute. Auch die Vermögensbestände dieser Kassen werden den Gewerksvereinen zugerechnet. Und nicht nur wird diese falsche Berichterstattung in dem Organ der Gewerksvereine geübt, sondern auch dem reichstatistischen Amt wurden bemühterweise diese falschen Zahlen übermittelt. Dem Amt ist gleichfalls be- kannt, daß bei dieser Berichterstattung absichtliche Fälschung vorliegt. Es hilft sich hierüber im Statistischen Jahrbuch mit der Anmerkung hinweg: „Einnahmen aller Kassen, auch der Kranken- und Begräbniskassen. Letztere beiden Kassenarten sind Einrichtungen nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes. Dies ist auch bei Beurteilung der betreffenden Ausgabenposten zu berück- sichtigen.“

Soweit möglich, sind bei den Berechnungen die fälschlicherweise in die Gewerkschaftstatistik eingestellten Zahlen unsererseits aus- geschlossen. Bei der Gesamteinnahme und auch der Ausgabe ist dieses nicht möglich. Erstere betrug 1909 2 806 220 M., letztere 2 348 830 M. Der Vermögensbestand der Gewerkschaftshaupt- kassen war Ende 1909 1 877 464 M., und der der Lokalkassen 186 934 M., zusammen 1 864 398 M.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ist endlich dazu gekommen, die dem Verbands nicht angeschlossenen Organi- sationen als christliche Gewerkschaften nicht zu zählen. Als wir vor 7 Jahren darauf hinwiesen, daß die Zugählung solcher abseits stehender Organisationen zu den christlichen Gewerkschaften un- zulässig sei, wurde uns arg heimgelächelt und höhnend schrieb das Zentralblatt der Christlichen: „Unjense „Freunde“ werden aber weiter „bewiesen“, daß diese Verbände mit den christlichen Gewerks- chaften nichts gemein haben wollen.“ Wie auf manchen anderen Gebieten, hat sich auch auf diesem bei den Christlichen eine aner- kennenswerte Wandlung vollzogen. Mit diesem Entwicklung- gang können wir durchaus zufrieden sein. Er vollzieht sich voll- ständig so, wie wir es voraus sagten, als die christlichen Gewerks- chaften auf dem Plan erschienen. Auch jener angebliche Tero- rismus, der den gewerkschaftlichen Zentralverbänden von den Christlichen zum Vorwurf gemacht wurde, durch alle geeigneten Mittel abseits stehende Organisationen zu der Gesamtorganisation heranzuziehen, hat bei den Christlichen praktische Betätigung ge- funden. Der Verband der Eisenbahnhandwerker und der Verband der württembergischen Eisenbahner sind nunmehr nicht nur „un- christlich“ geworden, sondern es sind auch Gegenorganisationen gegründet, die der Gesamtverband aufgenommen hat. Es werden nunmehr für die Zukunft, wie es schon längst hätte geschehen sollen, nur die dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen als christliche Gewerkschaften gezählt werden, wodurch sich die Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung wesentlich erleichtert. Der Gesamtverband kann über eine Mitgliederzunahme von 6232 berichten. Er hatte 1908 im Jahresdurchschnitt 264 519 und 1909 270 751 Mitglieder. Am Jahreschluß 1909 waren 280 061 Mit- glieder vorhanden, darunter 1861 Mitglieder des neugegründeten Verbandes württembergischer Eisenbahner. Diese, sowie die 11 640 Mitglieder des Verbandes der Eisenbahnhandwerker werden nicht sämtlich neugewonnene, sondern zum Teil den früheren christlichen Verbänden der gleichen Art entzogene Mitglieder sein. In den angeschlossenen Verbänden wurden 20 182 weibliche Mit- glieder gezählt. Im Jahresdurchschnitt hatten 1909 Mitglieder: Bauarbeiter 34 418 (- 884), Bayerische Eisenbahner 27 055 (+ 1769), Bergarbeiter 78 619 (+ 8869), Buchdrucker (Gutenberg- bund) 2916 (+ 43), Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter 8920 (+ 8920), Gärtner 733 (- 60), Graphisches Gewerbe 1454 (+ 57), Heimarbeiterrinnen 6529 (+ 714), Holzarbeiter 11 106 (+ 62), Klebner 1185 (+ 1185), Keramarbeiter und Steinarbeiter 5721 (- 329), Krankenpfleger 1366 (+ 22), Lederarbeiter 4043 (+ 140), Maler 3345 (- 16), Metallarbeiter 24 190 (- 2237), Nahrungs- mittelindustrie 1212 (+ 343), Schneider 3390 (- 395), Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- usw. Arbeiter 14 498 (+ 226), Tabakarbei- ter 5567 (+ 16), Telegraphenarbeiter 3322 (+ 585), Textilarbeiter 30 268 (- 7298).

Die Verbände hatten 1909 eine Jahreseinnahme von 4 612 920 M., eine Ausgabe von 3 843 504 M. und einen Kassenbestand von 5 365 333 M. Für Streit- und Gemahregeltenunterstützung wurden 489 023 M., für Agitation 448 218 M., das Verbandsorgan 404 060 M., Reisende und Arbeitslose 195 536 M., Kranke 647 723 M., Rechtschutz 146 497 M. und an Sterbegeld 197 039 M. ver- ausgabt.

Die Angaben über die unabhängigen Vereine und Lokalorgani- sationen sind teils den Berichten der Vorstände, teils dem Sta- tistischen Jahrbuch entnommen. Das letztere berichtet über 28 Or- ganisationen mit 654 240 Mitgliedern. Unter diesen befindet sich der Verband der Eisenbahnvereine der preußisch-hessischen Staats- bahnen mit 433 137 Mitgliedern. Die diesem Verband ange- schlossenen Vereine, die sogenannten „Buddistenvereine“, wird man nicht gut als gewerkschaftliche Organisationen ansehen können. Sie sind auf Veranlassung des verstorbenen preussischen Eisenbahn- ministers Budde von den Eisenbahndirektionen ins Leben gerufen und haben nicht den Zweck, die Forderungen der Eisenbahner zu vertreten, sondern gleich den „gelben Vereinen“ die gewerkschaft- liche Organisation der Arbeiter zu verhindern. Ferner finden sich in der Tabelle im Statistischen Jahrbuch Organisationen, die bis- her von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften als zu den christlichen Gewerkschaften gehörend gezählt worden sind. Wenn die Berichtszahlen der Verbandsvorstände mit denen des Statistischen Jahrbuchs kombiniert werden, so ergibt sich für 38 Organisationen, die mehr oder weniger als Gewerkschaften ange- sehen werden können, eine Mitgliederzahl von 236 132 (1908 = 203 485). Es waren in folgenden Organisationen Mitglieder vor- handen: Bauhilfsarbeiter 550 (650), Kolnische Berufsvereinigung 56 188 (48 752), Brauereiarbeiter 3420 (3500), Technisches Bühnen- personal 450 (500), Dachdecker 170 (120), Badische Eisenbahner 11 334 (10 997), Süddeutsche Eisenbahner 12 553 (13 246), Württem- bergische Eisenbahner 8000 (8350), Eisenbahnhandwerker 56 767 (41 054), Gastwirtsgehilfen 23 195 (21 849), Gemeindegewerkschaften 1965



(1801), Pflege- und Badepersonal 3095 (—), Glaser 40 (50), Graubeure der Stoffindustrie 510 (528), Fabrikarbeiter 15 (15), Isolierer 50 (60), Maler 70 (100), Maschinisten 7000 (6750), Metallarbeiter 6898 (6890), Molettente 269 (267), Porzellanarbeiter 303 (303), Bayerisches Post- und Telegraphenpersonal 12 182 (11 420), Sattler 45 (—), Schneider 100 (100), Steinsetzer 40 (—), Tapezierer 55 (50), Telegraphenarbeiter und Handwerker 4915 (3520), Textilarbeiter 700 (700), Töpfer 392 (380), Transportarbeiter 3300 (1600), Zeichner 1859 (1446), Ziegler 4276 (4050), Zigarrenfabrikanten 100 (120), Zimmerer 1000 (700) und Zivilmilitär 14 341 (15 537). Die meisten dieser Vereinigungen werden kaum als Gewerkschaften zu zählen sein, doch wird sich eine bestimmte Grenze ziehen lassen. Ganz werden sie bei der Zählung nicht ausgeschlossen werden können, weil unter ihnen sich auch die ehemaligen Lokalbvereine befinden, für die allerdings nur schätzungsweise Zahlen vorliegen, weil die Geschäftskommission dieser Vereinigungen wiederum dem Statistischen Amt die Lieferung des Zählungsmaterials verweigert hat.

Die Vereinigungen von Privatbeamten werden, soweit sie nicht einer Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind, nicht als Gewerkschaften angesehen werden können und wohl auch selbst als solche nicht gelten wollen. Das Statistische Jahrbuch verzeichnet 68 Organisationen von Privatbeamten. Bei 7 der Vereinigungen fehlt die Angabe der Mitgliederzahl. Die 56 Verbände, für welche Angaben vorliegen, hatten insgesamt 734 794 Mitglieder, darunter 54 816 weibliche. Hier sind aber der Verein der Kaufleute, dem dem Verband der Kirch-Dunderschen Gewerbevereine angeschlossen ist, und die der Generalkommission angeschlossenen Verbände der Handlungsgehilfen, der Lagerhalter und der Bureauangestellten eingerechnet. Diese 4 Verbände mit 85 693 Mitgliedern, wovon 8272 weibliche, sind bereits in den betreffenden Gewerkschaftsgruppen gezählt. Es bleiben somit 52 Vereinigungen der Privatbeamten mit 699 201 Mitgliedern, wovon 46 544 weibliche. Es wird berichtet über 13 kaufmännische Verbände mit 475 215 (40 639 weiblichen) Mitgliedern, 17 Technikerverbände mit 112 410 (zehn weiblichen) Mitgliedern, 11 Verbände der Bureaubeamten mit 16 600 (20 weiblichen) Mitgliedern, 5 Verbände landwirtschaftlicher Beamten mit 20 275 und 7 verschiedene Verbände mit 69 771 (5875 weiblichen) Mitgliedern.

Weiße Arbeiterverbände und Werkvereine zählte das Statistische Jahrbuch 85 mit 71 346 Mitgliedern gegen 79 mit 63 877 im Jahre 1908. Dem Reichsverband der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter in Augsburg sollen in 88 Vereinen 26 471 Mitglieder angehören. Der gelbe Arbeitsbund in Charlottenburg-Berlin soll von 14 970 auf 23 540 Mitglieder angewachsen sein. Der Werkverein für Berlin und Umgegend rechnet sich 22 316, der für Bayern (ohne Pfalz) 12 955, der für Rheinland 11 138 Mitglieder zu, während der Bund der Wädereggelassen von 10 038 Mitgliedern berichtet. Die anderen antigerkschaftlichen Vereine weisen keine nennenswerten Mitgliederzahlen auf. Die 24 Vereine, die über die Massenverhältnisse berichten, verzeichnen eine Einnahme von 478 679 M. Bieweil davon auf Beiträge der Unternehmer entfällt, wird nicht angegeben. Die Ausgabe wird mit 402 610 Mark, der Vermögensbestand mit 473 602 M. angegeben. Diese Zahlen beweisen, daß diese von den Unternehmern gezüchtete Sumpfpflanze in Deutschland keinen kulturfähigen Boden gefunden hat.

### Der englische Gewerkschaftskongreß.

Der 46. Jahreskongreß der englischen Trades Unions tagte in der Woche vom 12.—17. September in Sheffield. Es waren rund 1 600 000 organisierte Arbeiter durch 406 Delegierte vertreten. An den Bericht des Parlamentarischen Komitees knüpfte eine Debatte über die Frage an, ob die Behörden zur Niederwerfung von Streiks Truppen oder Mitglieder der freiwilligen Territorialarmee verwenden dürfen. Die Verantwortung der Frage war keine einheitliche, dieselbe wurde sowohl verneint wie bejaht. Eine heftige Diskussion entspann sich über die Schwitzpraktiken in den Werkstätten der Heilsarmee, die unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit ungeheure Profite aus ihren Unternehmungen einheimst.

Die erste prinzipielle und praktisch höchwichtige Debatte fand über die Resolution der Schiffslager statt, die die Vereinigung der jetzt bestehenden drei Zentralorganisationen der englischen Arbeiterbewegung, nämlich des Trade-Union-Kongresses, des Gewerkschaftsverbandes und der Arbeiterpartei verlangt. Die Resolution wurde aber mit einer schwachen Mehrheit abgelehnt. Entscheidend schien dafür mit zu sein, daß sich zwei Abgeordnete (Ward, Erdarbeiter, und Chadleton, Weber) gegen die Resolution aussprachen. Chadleton meinte, daß der selbständige Bestand des Trade-Union-Kongresses und seines Parlamentarischen Komitees nötig sei, um im Namen der Gewerkschaften als solchen von Regierungen aller Parteifarben Forderungen auf freundschaftlichem Wege reformieren zu verlangen, während eine politische Partei, wie die Arbeiterpartei, dies nur auf dem Wege des Kampfes tun könnte. — Andere Delegierte unterstützten die Resolution auf das wärmste.

Zur Unterhaltung gemeinsamer wirtschaftlicher Kämpfe wurde von der Dönergewerkschaft die Bildung einer Föderation der Gewerkschaften aller Industrien verlangt. Dem Verlangen wurde auch durch Annahme der vorgelegten Resolution Rechnung getragen. Die englische Gewerkschaftsbewegung wird dadurch zu einem weiteren Schritt in ihrer Entwicklung gedrängt.

Auch eine Resolution, die die Einbeziehung der Landarbeiter in das Minimallohngesetz verlangte, wurde angenommen, desgleichen eine Resolution, die ein Verbot des internationalen Streikbrechertransports fordert. Es folgten dann Resolutionen zum Schutz der Bureauangestellten und zugunsten der Verstaatlichung der Eisenbahnen und Kanäle. Es entspann sich eine sehr lebhaft debattierte darüber, in der die fortschreitende Kristallisation der englischen Eisenbahnen erörtert und auf die Nachteile aufmerksam gemacht wurde, die daraus für die Arbeiter und das Publikum im allgemeinen entstehen.

Die bei weitem wichtigste Frage, die der diesjährige Kongreß zu entscheiden hatte, war die durch das Osborne-Urteil geschaffene Lage. Die ursprüngliche Resolution war der Reaktionskommission zurückzuweisen worden, und diese legte nun eine neue, vollständige Resolution vor, die den folgenden Wortlaut hat:

„Der Kongreß protestiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urteil, das die wirksame parlamentarische Vertretung der organisierten Arbeiterpartei verhindert, es gewerkschaftlichen Ortsgruppen unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Diskussions- und Resolutionsfreiheit des Trade-Union-Kongresses beraubt, insofern als der Kongreß politische Aktionen im Interesse der Lohnarbeiter unternimmt.“

Die Entscheidung verweigert den Gewerkschaften das Recht, ihren statutenmäßigen Zweck, nämlich die Regelung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter, auszuführen, insofern als die modernen Industrieverhältnisse und der hochorganisierte Stand des Kapitals die parlamentarische Aktion zu diesem Zwecke nötig machen;

sie beraubt die Gewerkschaften einer Freiheit, die sie nahezu 50 Jahre lang genossen und nur mit der Zustimmung ihrer Mitglieder und zum Nutzen der Allgemeinheit ausgeübt haben.

Der Kongreß fordert, daß diese Rechte sofort wieder hergestellt werden, damit die Gewerkschaften wieder in die Lage versetzt werden, ihre statutarischen Funktionen in einer Weise erfüllen zu können, wie die Mehrheit der Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft ihren Satzungen gemäß entscheidet.

Angeichts der Ungerechtigkeit der Entscheidung und der Dringlichkeit der Angelegenheit fordert der Kongreß alle angeschlossenen Organisationen auf, gegenüber den Entstellungen

der Lage, die in der Presse erschienen sind, jeden möglichen Druck auf die Regierung auszuüben, damit sie sofort die Möglichkeit gibt zur Passierung der von der Arbeiterpartei zur Wiedereinführung der Vorlage eingereichten Gesetzesvorlage, und diese Frage bei allen parlamentarischen Wahlen zu einer Entscheidungsfrage zu machen.“

Bei der Besprechung dieser Resolution zeigte sich der Kongreß vollkommen auf der Höhe seiner Aufgabe. Es zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß die Herausforderungen der strupellosen Klassenjustiz die revolutionären Kräfte weckte, die auch in den englischen Gewerkschaften schlummern. Während der ganzen Debatte bot der Kongreß ein Bild der vollsten Entschlossenheit dar. Nur unser Kollege Chadleton, der nach Schluß der Debatte und unmittelbar vor der Abstimmung im Namen des Parlamentarischen Komitees das Wort nahm, goß Wasser in den Wein. Er hatte nämlich nichts gegen die Resolution an sich, umso mehr aber gegen die Art, in der sie begründet wurde. Er sprach wie ein Regierungsvertreter. Er könne nicht alles sagen, erklärte er, was er privatim erfahre, aber er wisse, daß niemand das Osborneurteil so bedauert, wie hervorragende Mitglieder der Regierung. Man müsse der Regierung Vertrauen entgegenbringen, und man dürfe sie nicht herausfordern, wenn man Konzessionen von ihr haben wolle. Wenn das Parlamentarische Komitee eine lokale geeinigte Arbeiterbewegung hinter sich habe, dann habe es gute Aussicht, die Regierung zu seiner Ansicht zu zwingen.

Wenn die Resolution — die doch in demselben trostigen Ton gehalten ist, der Chadleton an ihrer Begründung so sehr mißfiel — trotzdem gegen die Stimme nur eines Delegierten angenommen wurde, so mag das Chadleton nicht gerade freuen, er kann aber daran erkennen, daß auch in der englischen Arbeiterkraft jetzt Kräfte sich zu regen beginnen, die solchen Beschwichtigungsräten wie ihm einmal verhängnisvoll werden können. Später zeigte sich denn auch schon deutlich, daß der Kongreß nicht mehr in dem Maße wie früher auf Chadletons Stimme hört. Eine Resolution, die sich in bestiger Weise gegen die jetzige Verwaltung der staatlichen Arbeitsbüros wendet und bestimmte Forderungen aufstellt, um den Gewerkschaften einen Einfluß auf die Arbeitsbüros zu sichern, führte zu einer sehr lebhaften und interessanten Debatte. Alle Redner ohne Ausnahme verurteilten die gegenwärtigen Arbeitsbüros als arbeiterfeindliche Institute, die die Gewerkschaften schwer schädigen, die Löhne herabdrücken und Streikbrecherdienste leisten. Wieder war es Chadleton, der die Regierung sehr warm in Schutz nahm. Man könnte nicht erwarten, daß die Arbeitsbüros Gewerkschaftsinstitute seien, und man müsse Geduld haben und die Arbeit der Regierung würdigen. Allein trotz seiner Einsprüche wurde die Resolution mit der überwältigenden Mehrheit von 1 47 000 gegen 272 000 Stimmen angenommen.

Weiter wurde noch angenommen eine Resolution zugunsten des Arbeiterschutzes, eine Resolution, die den Unternehmern verbietet will, Streikbrecher zu beherbergen, Resolutionen über Wahlreform, über das Halbzeiterwerbssystem (Kinder, die den halben Tag in der Fabrik arbeiten und den halben Tag in der Schule sitzen), eine Resolution zur Verhinderung der betrügerischen Bezeichnung des Ursprungs von Waren (von Sheffielder Messerschmieden eingebracht), eine Resolution, die die Schaffung eines gemeinsamen Fonds zur Führung von Gerichtsprozessen zum Schutze der Rechte der Gewerkschaften verlangt, eine Resolution, die das Parlamentarische Komitee auffordert, den ersten Mai gleich den Arbeiterparteien anderer Länder zu begehen, und zwar „durch Arbeitsruhe, wo dies ohne Schädigung der Interessen der Arbeiterklasse möglich ist“. Alle diese Resolutionen wurden nach kurzen Debatten entweder einstimmig oder mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Ueber eine Resolution zum Schul- und Erziehungsweesen, die übrigens auch angenommen wurde, kam es zu lebhaften Debatten. Die Resolution fordert den staatlichen Unterricht der Schulkinder, wissenschaftliche, körperliche, höhere und technische Erziehung für alle Schulkinder bis zum 16. Lebensjahre. Die Resolution fordert endlich die sofortige Ernennung einer königlichen Kommission über den Ursprung, Wert und die Verwaltung der Universitätsstiftungen, sowie über die ganze Frage des Universitätsunterrichts und die Möglichkeit ihrer öffentlichen Kontrolle durch das Volk. Es wurde behauptet, daß diese Universitätsstiftungen, die einen Wert von vielen Millionen darstellen, ursprünglich für die Kinder der Armen bestimmt waren, um ihnen den Universitätsunterricht zu ermöglichen, aber sie seien den Armen gestohlen worden und würden jetzt zum Unterhalt der Söhne der Reichen benutzt. Die Regierung habe bis jetzt die Einsetzung der geforderten Kommission verweigert, weil einflussreiche Kreise vor den Enthüllungen zittern, die sie ans Licht bringen würde.

Auch eine Resolution wurde angenommen, welche die alte Forderung der Gewerkschaftsbewegung nach einem nationalen System der Erziehung unter völliger volkstümlicher Kontrolle, frei und weltlich von der Volksschule bis zur Universität enthält.

Der nächste Kongreß findet in Newcastle-on-Tyne statt.

### Brüssel und seine Weltausstellung.

Glaubenszeugen von Ad. H.

XI.

Soziale Reklame.

Der berühmte Goldobelisk, der einen Wert von einer Milliarde Mark gehabt hätte, wenn er aus Gold und nicht aus goldblättriger Pappe bestanden hätte, fehlt diesmal in der deutschen Abteilung. Vor zehn Jahren machte bekanntlich dieser Obelisk auf der Weltausstellung in Paris ungeheures Aufsehen. Er sollte die Summe veranschaulichen, die vom Reich und von den braven Unternehmern für die Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter bis dahin aufgewendet worden sein sollte. Ich hätte gar nicht dawider gehabt, wenn wiederum ein solcher Obelisk aufgestellt worden wäre. Nur hätten dann noch einige andere Goldobelisk-Platz finden müssen. Es wäre sogar recht illustrierend für die deutschen Verhältnisse gewesen, wenn eine ganze Galerie von Goldobelisk-Aufstellungen gefunden hätte, etwa in dieser Reihenfolge:

1. Ein Obelisk, der den Goldwert der Summe verkörpert, den Deutschland im letzten Jahrzehnt für Heer und Marine ausgegeben hat,
2. ein solcher für die Summe, die dem deutschen Volke innerhalb zehn Jahren an indirekten Steuern abgedröpft wurde,
3. ein Obelisk für die Summe, die den Gewinn der deutschen Kapitalisten in einem Jahrzehnt repräsentiert,
4. ein gleicher für die Summe, um welche Industrie- und Agrararbiten innerhalb zehn Jahren bei ihrer Steuerzahlung den Staat bemogelt haben,
5. ein Obelisk für die Liebesgaben aller Art, die seit 20 Jahren den Agrariern auf Kosten des arbeitenden Volkes zugeschwemmt worden sind,
6. ein solcher für die Offizierspensionen, die seit zehn Jahren gezahlt werden mußten.

Werden alle diese Obelisk-Plätze nebeneinander gestellt, dann mögen ruhig auch die Aufhebungen für die Sozialversicherung den Arbeitern veranschaulicht werden. Es würde sich dann zeigen, wie lächerlich geringfügig dieselben im Verhältnis zu den anderen Ausgaben, zu den Kapitalprofiten, zu der indirekten Steuererschöpfung und zu den riesigen Summen sind, um die unsere lieben Agrarier den Staat und damit das Volk bemogeln trotz der ungeheuren Zoll-Liebesgaben, die allein jährlich das acht- bis zehnfache dessen ausmachen, was für die Sozialversicherung aufzuwenden ist.

Vietet Brüssel also auch den marktschreierischen deutschen Barnum-Obelisk nicht, so hat sich doch Deutschland in der Aufstellung eines potemkinschen Dorfes gefallen. In einer mit

hübschen Bäumen bestandenen Ecke hinter dem deutschen Hause befindet sich ein schmuckes Dörfchen, das aus hübschen Einfamilienhäusern besteht, wie sie angeblich in Deutschland von den Unternehmern für ihre Arbeiter errichtet worden sind. Der deutsche Katalog bezeichnet ausdrücklich zwei derselben als „Häuser für Industriearbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“. Die von hübschen Gärten umgebenen Häuser sind bestechend. Es ist auch möglich, daß irgendwo sich einige solcher Häuschen befinden, die in einfachem Arrangement Wohnküche, Küche, Kammer und Baderäume enthalten. Aber blauer Schwindel wäre es, sollte dadurch in dem fremdländischen Beschauer die Meinung erzeugt werden, so wohne ein Durchschnitt der deutsche Arbeiter. Abgesehen von den Fußangeln, die stets dem Arbeiter drohen, wenn er in einem Hause seines Unternehmers wohnt, würde jeder Proletarier gern ein solches Häuschen beziehen. Vorerst sind jedoch die in Brüssel zur Schau gestellten deutschen Arbeiterwohnhäuser potemkinsche Mache. Wenigstens hätten, um ein richtiges Bild der Wohnungsverhältnisse deutscher Arbeiter zu geben, neben den einladenden Familienhäusern noch die Modelle von Mietkasernen und von ostpreussischen Landarbeiterwohnungen Platz finden müssen.

In die Wirklichkeit zurück führt uns ein dicht neben den Arbeiterwohnhäusern stehendes Gebäude. In diesem hat Belgien seine Heimindustrie veranschaulicht. Wir finden hier den Schuhmacher, den Tischler, den Schlosser, die Strohhutmacherin, den Stellmacher, die zu Hause ihrer Arbeit obliegen. Nur die unvermeidlichen Zustände fehlen, die stets zu finden sind, wenn ein Mann zugleich als Wohnstube und Arbeitsraum dienen muß. — Die ganze Hilfslosigkeit des Kleinbetriebes gegenüber den großkapitalistischen Maschinenbetrieben stößt uns auf, wenn wir in die flämische Dorfschmiede treten. Hier steht der Schmied neben seinem kleinen Herd und hämmert eine halbe Stunde lang mühsam ein Eisenstück zurecht, das im Großbetriebe binnen wenigen Augenblicken in die gewünschte Form gebracht wird. So lange der Schmied an seinem Herdfeuer steht, muß ein Hund in dem daneben angebrachten Nische liegen, durch welches der Blasebalg in Bewegung gesetzt wird. Trübsinnig macht der arme, ins Rad gesperre Räder Schritt für Schritt und kommt doch nicht von der Stelle; er hat sich in sein Schicksal ergeben. Vielleicht aber auch steigt ihm der lästerliche Gedanke auf, warum denn gerade er Tag für Tag ins Rad gesperret wird, während draußen andere Hunde frei herumlaufen und sich nach Belieben tummeln können. Er mag sich trösten. Auch unter den Hunden gibt es eben Proleten und im Ueberfluß lebende Nichtstuer.

Zwei Kinderbrutanstalten sind eine neue Errungenschaft. In geschlossenen Glaskästen von etwa je einem halben Meter Höhe, Breite und Tiefe, die stets unter gleicher Temperatur gehalten und beständig mit frischer Luft von außen versehen werden, liegen vorzeitig geborene Kinderchen, kleine Würmer, die bereits nach 6 bis 7 Monaten den Mutterleib verlassen haben und nun hier unter beständiger Aufsicht von Wärterinnen gepflegt werden. Von Zeit zu Zeit werden sie aus dem Glaskasten genommen und von einer Amme mit Muttermilch ernährt. Sonst schlafen sie. Sie bleiben in dem Kasten, bis sie sich genügend entwickelt haben. Ueber Wachstum und Gewichtszunahme wird täglich Buch geführt. Zwei bis drei Monate und darüber verweilen sie in dem Glasbehälter, der an Wärme und Weichheit den Mutterleib ersetzen soll. Die Wärterin versichert, es würden sehr günstige Erfolge erzielt, nur wenige diese Säuglinge würden vom Tode weggerafft. Als ich sie fragte, ob sich unter den sechs Wärmern auch Kinder von reichen Frauen befänden, antwortete sie in energischer Verdoppelung der Verneinung und offenbar in erschrockener Entrüstung, daß man an so etwas überhaupt denken könne: „O non pas!“ — das „o nein, nicht!“ hatte ich mir voraus denken können. — Ob alle die künstlich am Leben erhaltenen Proletarierkinder später dafür dankbar sein können?

### Zum Kampfe gegen die Jugendbewegung.

Ein durch Gendarmen geförderter Jugendausflug ist abermals Gegenstand gerichtlicher Verhandlung gewesen. Am 20. Juni 1909 kam ein 150—200 Personen zählender Trupp jugendlicher Ausflügler von Treptow bei Berlin, ging durch Nieder-Schöneweide und lagerte am Ende des Ortes im Walde. Als sie ihre Wanderung fortsetzen wollten, kamen drei Gendarmen auf sie zu und suchten sie, nach Angabe der Ausflügler unter Schimpfworten, aus dem Walde zu vercheuchen. Erschreckt stob alles auseinander, besonders die am Ausflug beteiligten Mädchen. Als die Ausflügler sich auf der Chaussee wieder zusammenfanden, wurden sie wiederholt aufgefordert, auseinanderzugehen. Eine in ein Tuch gewickelte rote Fahne wurde von den Gendarmen in Beschlag genommen, und ein junger Mann, der die Fahne gerade in der Hand hatte, sistiert und mit ihm noch ein anderer. Später wurden noch zwei weitere Teilnehmer an der Partie sistiert. Diese beiden sind später wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und wegen Aufruhrs angeklagt, von der 3. Strafkammer des Landgerichts Berlin II aber freigesprochen worden. Die beiden anderen sistierten jungen Leute erhielten eine Anklage wegen Aufruhrs. Das Schöffengericht Köpenick sprach den einen Angeklagten frei und erkannte gegen den anderen auf einen Verweis. Der mit dem Verweis bedachte junge Mann legte dagegen Berufung ein. Diese wurde vor kurzem vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II verhandelt. Das Gericht kam schließlich zu einem freisprechenden Urteil, indem es die Möglichkeit annahm, der Angeklagte habe die Aufforderung zum Auseinandergehen nicht gehört oder sei behindert gewesen, ihr Folge zu leisten. Er wäre demnach also auch vom Berufungsgericht beurteilt worden, wenn ihm hätte nachgewiesen werden können, daß er die Aufforderung gehört habe und imstande gewesen sei, ihr Folge zu leisten. Demnach kann jeder Gendarm eine Landpartie aufheben, wenn er durch sie die öffentliche Ordnung gefährdet glaubt. Und zu diesem Glauben gelangen Gendarmen, wie die Verhandlung zeigte, schon, wenn die Teilnehmer an dem Ausfluge eine umhüllte rote Fahne mit sich führen und sozialdemokratische Lieder singen. Patriotische Lieder können „natürlich“ gesungen, auch solche Lieder entfallen werden, was man oft genug beobachten kann. Zweierlei Recht existiert aber dennoch nicht im Rechtsstaat Preußen.

### Aus der Bewegung in der Textilindustrie Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

In Krumbach in Schwaben dauert der Kampf in der Feinweberei Steiger u. Deschler unverändert fort. Ein an die hiesige Bürgerwehr gerichtetes Flugblatt, welches die erbärmlichen Löhne schildert, kam der Firma sehr ungelegen, und sie versuchte in den dortigen Zeitungen, die Angaben der Streikenden als unrichtig hinzustellen. Die Antwort der Verbandsvertreter blieb nicht aus und hatte folgenden Wortlaut:

„Die Firma bezieht unser Flugblatt als Entstellung, ohne auch nur den Versuch zu machen, den Beweis hierfür zu erbringen. Die niedrigen Löhne sollen darauf zurückzuführen sein, daß der größte Teil der 95 Weber erst im Jahre 1907 das Weben erlernt hätte. Also nach drei Jahren ist der Weber noch nicht vollwertig, dagegen kann man in drei Jahren ein Handwerk erlernen. Trifft dies zu, dann wäre es nur recht und billig, wenn die ausgeleiteten Weber und Weberinnen einen handwerksgemäßen Lohn erhielten. Wir müssen entschieden gegen den Vorwurf protestieren, daß die Lohnangaben im Flugblatt willkürlich zusammengestellt und die Löhne der „besseren“ Arbeiter unberücksichtigt gelassen seien. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade die am schlechtesten bezahlten jugend-



lichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind in unserer Statistik nicht enthalten, wohl aber die uns von der Firma als die besseren bezeichneten Weber. Wenn die Firma von zukünftigen Weblöhnen von 36 bis 42 M. spricht, so können wir dieser Behauptung wenig Vertrauen entgegenbringen, dagegen sprechen schon die Löhne der drei „Arbeitswilligen“ in der letzten Lohnperiode. Vom 29. August bis 10. September, also in elf Arbeitstagen, verdiente ein Weber mit vier Stühlen 21 M., ein Weber (25 Jahre alt) mit drei Stühlen 14 M., und eine Weberin mit vier Stühlen 21 M. Das sind Durchschnittslöhne, trotz der zehnprozentigen Lohnerhöhung, von 1,90 M., 1,27 M. und 0,90 M. pro Tag. Den Leuten werden also die Klausurbeurteilung, „fürsüchlich“ belohnt. Von jedem gerechtfertigten Bürger und Arbeiter wird das Eintreten der Weber für die 18 im Vorwerk Beschäftigten gebilligt. Die Solidarität ist gewiß keine Untugend. Wir wollen nur noch feststellen, daß die Andreehinnen, trotz der im März d. J. um 11 Prozent erhöhten Affordräge, noch 2 Pf. pro Tausend Faden weniger erhalten, als die Andreehinnen bei derselben Firma in Söflingen. Die Schuld daran, daß der Kampf sich so lange hinzieht, trägt einzig und allein die Firma.

Es wird nun seitens der Firma alles versucht, um arbeitswillige Weber dorthin zu locken. In Augsburg und Ulm macht man frampfhafte Anstrengungen. Es war auch der Firma gelungen, zwei Weber dorthin zu bringen, die aber, nachdem sie sich von den niedrigen Löhnen überzeugt hatten, schleunigst das Weite suchten. Auch ein als Meister eingestellter schüttelte den Krumbacher Staub von seinen Rücken, als ihm zugemutet wurde, die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Die Textilarbeiter von Augsburg und Ulm werden den Streikenden nicht in den Rücken fallen, dies um so weniger, als sie in Krumbach vom Regen in die Traufe kämen.

In Gof dauert der Streik der Weber und Weberinnen bei der Firma G. M. u. Co. bereits sieben Wochen und noch ist das Ende desselben nicht abzusehen. Die im Laufe der vorigen Woche stattgehabte Unterhandlung mit der Direktion führte wiederum zu keinem Resultat. Der Direktor erklärt immer noch, daß er sich keine Vorschriften über die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter machen lasse. Das Verlangen der Kommission, die Meister wieder einzustellen, wurde mit der gleichen Begründung abgelehnt. Die Arbeiter führen den Kampf nachhaft heldenmütig. Noch kein Streikbrecher aus den Reihen der in den Streik getretenen Arbeiter ist zu verzeichnen. Die Firma wird, trotz des herannahenden Termins zur Miete, vergeblich darauf warten müssen, daß sie Abtrünnige erhält. Der Geschäftsgang ist in allen Webereien ein besserer geworden, so daß überall wieder sechs Tage in der Woche gearbeitet wird. Aus diesem Grunde wird voraussichtlich die Firma ihren ablehnenden Standpunkt nicht mehr lange einnehmen können.

**Aussperrung der Laufziger Textilarbeiter in Aussicht.** Seit einigen Tagen streiken bei einigen Forster Firmen die Arbeiter verschiedener Branchen der Textilindustrie. Um den Streik, der aus Lohnforderungen entstand, niederzuschlagen, hat die Unternehmerorganisation der Laufziger Textilindustriellen ein Zirkular an sämtliche Firmen gesandt und angekündigt, daß am 5. Oktober sämtliche Textilarbeiter zu entlassen sind, falls bis dahin nicht die Differenzen bei den Forster Firmen beigelegt sind. Es kommen, falls der Beschluß des Textilindustriellenverbandes ausgeführt wird, mindestens 18000 Textilarbeiter in Frage.

**Ausland.**

**Frankreich.** Der Streik bei der Firma Berlin u. Zimmermann in Paris ist beendet. Die Forderungen der Arbeiter sind bewilligt.

**Dänemark.** Lohnbewegung in der Textilindustrie. Der Dänische Textilarbeiterverband hat den vor fünf Jahren mit der Textilfabrikantenvereinigung abgeschlossenen Tarifvertrag zum 1. Januar gekündigt. Die Kündigung erstreckt sich auf 42 Fabriken. Der Vorsitzende der Fabrikanten erklärt jetzt bereits, daß eine Erhöhung der Weberlöhne undurchführbar sei, hofft jedoch noch auf eine friedliche Einigung.

**Aus der Bewegung in anderen Berufen.**

**Deutsches Reich.**

**Den Streik der Werftarbeiter** sucht man nun mit Hilfe der Metallindustriellen niederzuwerfen. Diese wollen am 8. Oktober zirka 40000 organisierte Metallarbeiter ausspannen und so die beteiligten Arbeiterorganisationen zur Aufgabe des Kampfes auf den Werften zwingen. Die Lage ist also sehr ernst und ein neuer Miesenkampf nicht ausgeschlossen.

**Politische Nachrichten.**

**Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie** tagte vorige Woche in Magdeburg. Die revisionistische Strömung ist abermals unterlegen, sehr zum Verdruß der linksliberalen Strömungen, die ihre eigene politische Ohnmacht erkennend, gern eine Annäherung der Sozialdemokratie an sich selbst gesehen hätten. Das wenigste, was sie ersehnten, war, daß sich wenigstens ein Teil der Sozialdemokratie ihnen näherte. Sie rechneten also mindestens auf eine Spaltung derselben. Auch diese ist nicht eingetreten. Die eine mächtige, weil ungeleitete Sozialdemokratie zieht gegen ihre Gegner in den Wahlkampf von 1911. Glänzende Siege stehen ihr bevor.

**Der 52. Sozialdemokrat** wird in den Reichstag einziehen; im Wahlkreis Frankfurt-Leubus siegte in der Stichwahl Genosse Schubmachermeister Faber über den Nationalliberalen Dr. Winter. Faber erzielte 172 Stimmen mehr als Winter.

**Soziales.**

**Gewerbliche Rechtsprechung.** Das königliche Gewerbegericht M.-Glabach hat unlängst ein Urteil gefällt, das sich die dortigen Arbeiter gut merken sollten. Der Weber Sch. hatte nach vierwöchentlicher Kündigung, die er ordnungsgemäß aushielt, noch einen Lohnrest zu fordern, den ihm aber die Firma D. O. Cordts beim Abgange nicht auszahlte. Die Firma machte geltend, daß, wenn auch Samstag die Kündigung abgelaufen sei, sie den Lohnrest nicht vor dem nächsten Tag, also am Freitag, auszuzahlen brauche. Der Weber stellte sich auf den Standpunkt, daß mit dem Ablauf der Kündigung alle Beziehungen zwischen ihm und der Firma aufhörten, und daß zu einer ordnungsmäßigen Entlassung auch ordnungsgemäß der verdiente Lohn ausbezahlt werden müsse.

In der Urteilsbegründung des Gerichts kam zum Ausdruck, daß die Bestimmung in der Fabrikordnung, wonach 3 Tage vor der Auslösung schon Lieferungsstempel ist und somit 3 Tage Lohn bis zum nächsten Lohnungstage stehen bleiben, nur Bezug auf die Dauer des Arbeitsverhältnisses. Höre das Arbeitsverhältnis auf, so müßte die Firma an dem Tage, an dem die Kündigung ablief, den verdienten Lohn auszahlen. Der Kläger bekam 7,50 M. Schadenersatz zugesprochen, weil er, wie er geplant, nicht abreisen konnte, sondern auf Kosten der Firma in Glabach bleiben mußte. — Wir können unseren Leuten nur raten, beim Verlassen der Betriebe bei ordnungsmäßiger Kündigung sofort ihr Geld zu verlangen, das sie verdient haben.

**Unfallhäufigkeit in den gewerblichen Betrieben bei Nachtarbeit.** Die preussischen Gewerbeinspektoren waren beauftragt, für das Jahr 1909 die Unfallhäufigkeit während der Nachtzeit besonders festzustellen, so prüfen, ob schlechte Beleuchtung, Uebermüdung der Arbeiter oder andere Momente die Unfallziffer bei der Nachtarbeit ungünstig beeinflussen. Im Archiv für soziale Hygiene ist darüber eine kurze Zusammenstellung erschienen, die ergibt, daß die Unfälle in der Tageszeit relativ häufiger sind als bei Nachtarbeit. Es wird das darauf zurückgeführt, daß mit besonderen Gefahren verbundene Arbeiten, Transporte, Verladen und Rangieren, meist am Tage geschehen, und daß auch nachts allgemein nicht mit der Hast gearbeitet wird, wie am Tage. Mangelhafte

Beleuchtung zur Nachtzeit war selten anzutreffen, die meisten Fabriken haben ausreichende elektrische Beleuchtung. Dazu kommt, daß während der Nachtzeit jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen völlig fehlen und ungelernete und unständige Arbeiter auch wenig beschäftigt werden. Zwei Drittel der Unfälle ereignen sich in den Stunden vor Mitternacht, weil das natürliche Ruhebedürfnis der Arbeiter die Aufmerksamkeit vermindert.

**Soziale Rechtsprechung.** (Zur Invalidenversicherung.) Das Reichsversicherungsamt hat sich jüngst dahin ausgesprochen, daß Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes auch dann vorliegt, wenn ein Versicherter, dessen Erwerbsunfähigkeit noch nicht auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, doch infolge Durchführung eines zur Abwehr drohender Invalidität von ihm eingeleiteten Heilverfahrens nicht in der Lage ist, das für ihn in Betracht kommende Lohnmittel zu verdienen. Das Reichsversicherungsamt hatte bereits in einer früheren Revisionsentscheidung ausgesprochen, daß Erwerbsunfähigkeit auch dann anzunehmen sei, wenn ein Versicherter an sich zwar schon wieder imstande ist, die zur Erzielung des in Betracht kommenden Mindestverdienstes erforderlichen Arbeitsverrichtungen vorzunehmen, diese aber unterlassen muß, um zu verhüten, daß er seine Erwerbsfähigkeit einbüßt. Hieron ausgehend, heißt es in dem neuen Bescheide, erscheint es nun lediglich folgerichtig, eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit auch dann anzuerkennen, wenn die Arbeitseinstellung sich zwar nicht unmittelbar als Mittel zur völligen Wiederherstellung der Gesundheit darstellt, aber erforderlich ist, um ein zur Abwehr drohender Invalidität notwendiges Heilverfahren durchführen zu können. Dabei werden allerdings der Umfang und die Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßnahmen des näheren darzulegen sein.

**Gerichtliches.**

**Auf die Kompensweise und die Qualifikation der „Hirsch“** warf kürzlich eine Gerichtsverhandlung ein recht bezeichnendes Licht.

Während des Stickerausstandes in Plauen i. V. im vorigen Jahre brachten diese Leuten es nämlich fertig, den streikenden Stickern dermaßen in den Rücken zu fallen, daß sie in befristeten Betrieben „Tarife“ abschlossen und dann angeblich zu Tariflöhnen arbeiteten. Auch sonst war das Verhalten eines Teils dieser Leute derartig, daß sie als Schutztruppe der Unternehmer bezeichnet werden mußten.

Da von seiten des Verbandes aus natürlich nichts versäumt wurde, um die Handlungsweise der „Hirsch“ der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten, griffen diese Herren zu den schäblichsten Mitteln, um die Öffentlichkeit über ihren wahren Charakter zu täuschen.

Der Sticker Robert Pest in Plauen veröffentlichte unter anderem (wie sich in der Verhandlung herausstellte, in „höherem Auftrag“) in der Hirsch-Dunderschen „Textilarbeiterzeitung“ eine Erklärung, worin er behauptete, daß der Geschäftsführer Rödel vom Textilarbeiterverband ihn einen freien und gemeinen Streikbrecher genannt habe und erklärte deshalb den Genossen Rödel „für einen ganz gemeinen Ehrabschneider und Verleumder“.

Um die Kampfesweise dieser Gelden einmal der Arbeiterschaft vor Augen führen zu können, erhob Rödel Privatklage gegen Pest, vor allen Dingen auch deshalb, weil Pest in hervorragender Weise auch bei den Hirschen tätig ist und den Verband bekämpft.

In der Verhandlung wurde nun der Beweis erbracht, daß Pest tatsächlich in zwei Fällen Streikbruch verübt hat und in einem dritten Fall es versuchte.

Schon das Verhör der Zeugen Pests gab das Resultat, daß der Richter Pest dringend anriet, doch ja einen Vergleich einzugehen, da die Sache für ihn außerordentlich schlecht stehe. (Pest hatte nämlich wegen des Vorwurfs, er habe Streikbruch verübt, Widerklage erhoben.)

Dieser Vergleich, der zustande kam, gestaltete sich zu einer kläglichen Niederlage der Hirsch-Dunderschen Organisation, denn sie war eigentlich die Angeklagte, Pest nur eine vorgeschobene Person.

Der Vergleich lautete folgendermaßen:

**Vergleich.**

Die Angeklagten verpflichten sich, binnen drei Wochen in die „Deutsche Textilarbeiterzeitung“, welche wöchentlich an jedem Freitag in Spremberg erscheint, an derselben Stelle und in derselben Form, wie der der Privatklage zugrunde liegende Druck geschieden ist, folgende Erklärung zum Abdruck zu bringen:

In Nr. 17 dieser Zeitung vom 22. April 1910 habe ich den Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Hugo Rödel in Plauen, für einen gemeinen Ehrabschneider und Verleumder erklärt. Ich bekenne hierdurch, daß die hierdurch ausgesprochene Beleidigung jeden tatsächlichen Untergrundes entbehrt, nehme sie reuevoll zurück und bitte Herrn Rödel um Verzeihung.

Der Privatkläger erklärt, daß er nach wie vor bestreite, den Angeklagten, wie in der Widerklage behauptet, beleidigt zu haben. Die beiden Angeklagten (Pest und Redakteur Ulrich, D. V.) tragen die Gerichtskosten und die dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen unter Haftung als Gesamtschuldner. Jeder der Angeklagten für sich trägt seine eigenen Kosten. Der Angeklagte Pest zieht seine Widerklage zurück.

Der Privatkläger zieht seine Klage und den Strafantrag zurück, wenn die Angeklagten den von ihnen im Vergleich übernommenen Verpflichtungen binnen drei Wochen nachkommen.

Der Vergleich sieht einer Verurteilung verurteilt ähnlich. Der Privatkläger ließ aber außerdem durch seinen Verteidiger erklären, daß er den Vorwurf des Streikbruchs gegen Pest ausdrücklich aufrechterhalte. Was aber nicht hindern wird, daß Pest im Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein nach wie vor eine führende Stellung bekleiden und z. B. auch fernerhin als Versammlungseinberufer fungieren wird.

Wie sollte es auch anders sein? Pest befindet sich ja jedenfalls innerhalb des Gewerbevereins in guter Gesellschaft.

Die nicht geringen Kosten trägt natürlich nicht Pest, die werden von den Mitgliedern bezahlt, welche sich bei ihrer genialen Leitung dafür bedanken können. Wie schrieb man doch während des Streiks in der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinszeitung: „Der Verband hat auch viel Geld zum Verwirklichen nötig!“

Besonders bezeichnend war, daß bei der Verhandlung fast der gesamte Vorstand des Gewerbevereins vertreten war, und daß Pest sich immer an denselben fragend wenden mußte bei einer neuen Phase der Verhandlung.

Bei der Frage der Beurteilung des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins dürften die Ergebnisse dieses Prozesses nicht ganz ohne Interesse sein.

„Hurra!“ ertönt es in Preußens Gefilden bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Dieser in den „Befreiungskriegen“ bei den Russen gehörte Schlachtruf ist auf die preussische Armee übernommen und wie so manches andere Russische ein Kennzeichen preussischer Eigenkümlichkeit geworden. Schon in der Schule wird den Kindern das Hurra schreien angelehrt, so beim Geburtstag des „Landesvaters“ oder seiner nächsten Angehörigen, bei der Sedanfeier und sonstigen den „Patriotismus“ entflammenden Gelegenheiten. Wird der Junge Soldat, so muß er nach Kommando „Hurra!“ schreien oder wenigstens den Mund weit aufreißen, wenn es die anderen tun. Gelegentlich der diversen Kontrollversammlungen wird dafür gesorgt, daß der Preuze das Hurra schreien nicht verlernt, kurz und gut, das Hurra schreien geht dem echten Preuzen in Fleisch und Blut über.

Sogar bei Familienfestlichkeiten bringt er seine überquellenden Gefühle durch diesen Ruf zum Ausdruck. Am Geburtstage der Braut wird ein „Hurra!“ ausgebracht, der neugeborene Stamm-

halter wird von echten Patrioten als zukünftiger Vaterlandsverteidiger mit „Hurra!“ begrüßt. Hurra ist ein Wort, das gesprochen keinen Sinn hat; es muß geschrien werden, es muß damit impulsive Begeisterung zum Ausdruck kommen.

So schreien die Preuzen beim Angriff auf den Feind „Hurra!“ Alle preussischen Siege sind unter diesem Feldgeschrei erforschen worden. Als der Kaiser Crefeld 1906 besuchte, da ist aus Tausenden und Abertausenden von Reihen dieser Schrei erschollen; manche haben sich heifer geschrien.

Man sollte also meinen, daß kein ordnungsliebender Bürger an diesem „Hurra!“ Anstoß nehmen könnte. Schreit ein Ange-trunkener auf der Straße „Hurra!“, so wird man vielleicht darüber lächeln, in der Meinung, daß ihm die Göttin Alkoholika eine Jata Morgana kriegerischen oder patriotischen Glanzes vorgegaukelt habe, ihm deshalb strafrechtlich den Prozeß zu machen, daran denkt selbst der überreizteste Polizeibeamte nicht. Er wird höchstens dem Manne gut zureden, daß er seinen heimatlichen Penaten zusteuert. Alles, was dem Durchschnittsmenschen erlaubt ist, was bei ihm als schön, lieblich und wohltaunend empfunden wird, wandelt sich in das Gegenteil, wird zu einer Sünde, einem Staatsverbrechen, zu einer Gefahr für den Bestand der Ordnung, zu einem Kriminalfall, wenn es ein Streikender tut. Ihm gegenüber wenden sich die Rechtsbegripte oft ins Gegenteil.

Gelegentlich des Streiks in der Crefelder Baumwollspinnerei hatte der „Zug der Arbeitswilligen“ nicht nur die Aufmerksamkeit der Polizei, sondern auch des sonstigen Arbeiterpublikums in diesem Stadtteil erregt. Es sah wundervoll aus, wie die Polizei sich mühte, eine neutrale Zone um die Arbeitswilligen zu schaffen. Die Streikenden können naturgemäß in den Arbeitswilligen nur die Verbündeten ihrer Gegner und die Feinde der Hebung der Arbeiterschaft aus wirtschaftlicher Not und Bedrängnis sehen. Eines Tages wurde der Zug der Arbeitswilligen von den Streikenden und dem sonstigen Publikum mit lautem „Hurra!“ begrüßt. Wer hat von Hunderten von Zuschauern geschrien? Die Polizei machte sich darüber kein Kopfschütteln, sie suchte ein Opfer und fand es.

Ein Arbeitswilliger bezeichnet eine Frau als Streikende; das genügt, um zu notieren und zu protokollieren. „Hurra, wir haben den Missetäter!“

Das polizeiliche Nachdenken über den Kriminalfall zeitigte eine Strafverfügung über 3 M., „weil Sie durch laute Hurra schreien groben Unfug verübt haben“. Die Streikende beantragte gerichtliche Entscheidung, weil sie erheben nicht Hurra geschrien habe, zweitens nicht Hurra schreien konnte, da sie vollständig heiser gewesen sei, und drittens selbst, wenn sie Hurra geschrien hätte, hierdurch in Preußen keinen groben Unfug hätte verüben können.

Vor dem Schöffengericht mußte die „Sünderin“ persönlich erscheinen, und da bekundete das „Auge des Gesetzes“, der protokollierende Polizeibeamte, sowie der als Zeuge auftretende Arbeitswillige, „daß sie nicht wüßten, ob die Angeklagte Hurra geschrien hätte, aber sie sei mit dabei gewesen“. Zu diesem negativen Ergebnis der Beweisaufnahme kam noch die Tatsache, daß die Angeklagte auch am Verhandlungstage noch so heiser war, daß sie kaum Hurra sprechen, viel weniger schreien konnte. Unter diesen Umständen mußte die Freisprechung erfolgen.

Wir hätten es lieber gesehen, wenn das Gericht seine Meinung darüber hätte äußern müssen, ob das Hurra schreien zu einem groben Unfug wird, wenn eine Streikende dieses preussische Feldgeschrei im Anblick ihrer wirtschaftlichen Gegner erschallen läßt.

Wir sind heute noch der Meinung, daß „Hurra schreien“ in Preußen „la Sünd“ sein kann, da es doch aus Ausland stammt.

**Aus Unternehmerkreisen.**

**Vom Zentralverband deutscher Industrieller.** In den am 12. und 13. September in Berlin abgehaltenen Sitzungen des Direktoriats des Zentralverbandes deutscher Industrieller wurden zur Wahl als Mitglieder des Ausschusses der Verkehrsinteressenten vorgeschlagen die Herren Generaldirektor Weisenberg, Bergat Williger und Kommerzienrat Th. Simon. Den Verhandlungen der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung wird der Zentralverband, der eminenten Wichtigkeit der Sache für die Industrie entsprechend, nach wie vor die größte Aufmerksamkeit zuwenden; es sollen nach Beendigung der ersten und der zweiten Lesung Delegiertenversammlungen abgehalten werden, um zu den betreffenden Kommissionsbeschlüssen Stellung zu nehmen. In Sachen der Reform des Strafgesetzbuchs, insbesondere bezüglich des Verbots des Streikpostenscheins, der Frage des Koalitionszwanges und der Bestimmungen über Beleidigungen usw. soll in einer Eingabe Stellung genommen werden. Wegen der Diskontierung von Wachforderungen sollen Erhebungen beantragt und wegen erschwerender Bedingungen bei Aufträgen, namentlich betreffend Gegenanträge, Schritte getan werden. In Sachen der preussischen Verwaltungsreform wurde eine Kommission eingesetzt. In einer Denkschrift sollen nicht bloß Klagen, sondern positive Vorschläge vorgebracht werden. Zu den vom Minister für Handel und Gewerbe bezüglich der Konkurrenzklause aufgestellten Punkten wurde im einzelnen Stellung genommen; die Vorschläge wurden meist als annehmbar bezeichnet, zugleich einige Abänderungswünsche geäußert. Zur Sache wird dem Minister eine eingehende Darlegung überreicht werden. Ferner wurde u. a. verhandelt über die Frachten nach den Laplata-Staaten, über die steuer- und sozialpolitische Belastung, über Kartell- und Exportfragen usw.

**Aus Handel und Industrie.**

**Berminderte Ausfuhr nach Amerika.** Die Warenausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika hat im zweiten Viertel des Jahres 1910 eine merklliche Abnahme gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres erfahren, und sind namentlich die Erzeugnisse der Wuppertaler Textilindustrie davon betroffen worden. Die Gesamtsumme der ausgeführten Waren betrug 2 469 343 Dollar gegen 2 585 081 Dollar im zweiten Vierteljahr 1909, so daß eine Abnahme von 115 738 Dollar zu verzeichnen ist.

Eine Steigerung wurde nur beobachtet bei Futturen von 24 781 auf 45 810 Dollar, bei Leinenwaren (Band usw.) von 33 441 auf 65 336 Dollar, bei Schnallen und Knöpfen, Haken und Dösen von 18 384 auf 24 032, bei Maschinen von 23 148 auf 57 756 Dollar. Dagegen erfuhr alle anderen Fabrikate eine mehr oder weniger starke Verminderung der Ausfuhr, darunter besonders bemerkenswert baumwollene Garne und künstliche Seiden, und zwar von 356 563 auf 209 562 Dollar.

Weiter gingen zurück Lizen von 52 150 auf 47 967 Dollar, Werten und Garnituren von 131 641 auf 110 972 Dollar, Einfaltigen und Besatzborten von 32 001 auf 30 599 Dollar, Gürtelbänder und andere Bänder aus Baumwolle, Seide und mit Seide gemischt von 276 287 auf 181 294 Dollar, leinene und baumwollene Spitzen von 76 535 auf 43 398 Dollar, Spitzen (Torchon) von 161 650 auf 123 341 Dollar usw. (Confectionair.)

**Bermischtes.**

**Der Herzog von Altenburg in Ronneburger Textilfabriken.** Bei seinem Besuch in Ronneburg besichtigte der Herzog Ernst II. von Altenburg u. a. die Spinnerei von F. J. Glab. Dort wurde der Herzog von den Inhabern der Firma empfangen und begrüßt und durch den mit Blattpflanzen geschmückten Hof nach dem Kontor geleitet, wofelbst er die Erzeugnisse der Rammgarnspinnerei eingehend besichtigte und sich Erklärungen über die Herstellung der Waren geben ließ. Sodann erfolgte ein Rundgang durch die Fabrik. Von der Spinnerei begab sich der Herzog in die angrenzende Weberei von Donner u. Debus. Hier begrüßten ihn die jetzigen Inhaber, die



Herren Schleife und Lange, worauf Fräulein Donner ein Bukett überreichte. Die im Kontor ausgestellten herrlichen Phantasie- und englischen Stoffe erregten die Bewunderung Sr. Hoheit. Ein Rundgang durch die Fabrik, wobei der Herzog wiederum sich die Herstellung der Ware eingehend erklären ließ, beendete diesen Besuch. — Daß fürstliche Persönlichkeiten auf ihren Reisen gewöhnliche Fabriken besichtigen, kommt nicht oft vor, so daß ein solches Vorkommnis wohl der Erwähnung wert ist. Daß es für manchen „Landesvater“ nachahmenswert ist, versteht sich von selbst. Mancher Regent würde die modernen Bestrebungen der Arbeiter — namentlich der Arbeiterinnen — ganz anders bemerken, wenn er die in ihrer Arbeit liegenden Ursachen dazu aus eigener Beobachtung kennen würde.

### Berichte aus Fachkreisen.

**Dresden.** Am Sonnabend, den 10. September, fand im Gasthof zu Leuben eine außerordentlich starkbesuchte Mitgliederversammlung statt. In derselben sprach unser Geschäftsführer, Kollege W i n k l e r, über: „Die gegnerischen Gewerkschaften“. In seinem nahezu zweistündigen Referat gab unser Geschäftsführer ein Bild von dem Werden und Wirken der gegnerischen Gewerkschaften. Vor allen Dingen zeigte er den Unterschieden, wie die Gegner fortgesetzt am Werke sind, um durch ihre Versplitterungspolitik die Arbeiterkraft zu schwächen — und wie sich diese gegnerischen Gewerkschaften durch ihre Tätigkeit als indirekte Helfershelfer des Unternehmertums zeigen. An der Hand verschiedener Vorkommnisse wurde gezeigt, welche traurige Rolle die verschiedenen gegnerischen Gewerkschaftsgruppen bei den Lohnkämpfen der Arbeiter gespielt haben. Auch auf das Treiben der gelben Gewerkschaftsbewegung, die geradezu einen Schandfleck an der Arbeiterbewegung darstellt, kam der Referent zu sprechen. Diese verwerflichen Gebilde von Arbeiterorganisationen seien nur dazu geschaffen, die zugehörigen Arbeiter zu Streikbrechern zu erziehen und den bewußten Verrat an den Arbeitskollegen zu organisieren. Freizeitschwerwiegend lasse sich aber konstatieren, daß die Arbeiter doch immer mehr einsehen, welcher Mißbrauch mit ihnen in jenen Vereinigungen getrieben wird und daß nach und nach das Bewußtsein Platz greift, daß die Interessen der Arbeiterkraft nur in den, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden freien Gewerkschaften gewahrt werden. Für die Textilarbeiter komme als solche Gewerkschaft nur der Deutsche Textilarbeiterverband in Frage. Die Pflicht eines jeden Mitgliedes sei es, auch zu seinem Teil für die Stärkung des Verbandes zu agitieren, damit der Verband gegenüber den Angriffen der organisierten Gegner, zu welchen in letzter Zeit noch der genugam bekannte „Reichsverband“ gekommen sei, gepaßnet ist. Der Beifall der Mitglieder zeigte, daß sie mit den Ausführungen einverstanden waren, und es ist zu hoffen, daß sich in Zukunft jeder Kollege und jede Kollegin recht eifrig bemüht, neue Mitglieder für den Verband zu werben. — Unter Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, den Branchenarbeitsnachweise für die Spitzen- und Gardinenindustrie dem Kollegen Franz Hartig, Leuben, Schulstr. 27, zu übertragen. Des Weiteren sprachen sich noch verschiedene Kollegen über die unerhört hohen Strafen aus, die in letzter Zeit in dem Dobritzer Betrieb der Dresdner Spitzen- und Gardinenmanufaktur, A. G., verhängt werden. Es ist keine Seltenheit, daß einem Weber 5 M. abgezogen werden. Auch über schlechtes Arbeitsmaterial wird geklagt. Versuche, die Löhne zu kürzen, sind ebenfalls schon mehrfach unternommen worden. Die Herren Aktionäre scheinen mit den 15 Proz. Dividende des Vorjahres nicht zufrieden gewesen sein. Man sucht, wie es scheint, den Reingewinn zu erhöhen. Derselbe betrug nach einer Bekanntmachung der Direktion vom 12. Februar 1910 im Vorjahre nach reichlichen Abschreibungen 649 642 M. 53 Pf. Verteilt wurde derselbe in folgender Weise: Es erhielten der Vorstand 47 670 M. 40 Pf. und der Aufsichtsrat 48 988 M. 5 Pf. als Lantime und die Aktionäre 397 500 M. als 15 Proz. Dividende ausgezahlt. Daß bei diesem fetten Essen der Appetit noch wächst, ist bei der Veranlagung der Kapitalistenklasse nicht zu verwundern. An den Arbeitern und vor allen an den Arbeiterinnen der Dresdner Spitzen- und Gardinenmanufaktur wird es liegen, daß sie sich gegen die jetzt üblichen Strafen und Lohnabzüge wehren. Es ist die höchste Zeit, daß der Unerfährlichkeit jener Unternehmer einmal Grenzen gezogen werden. Die Ortsverwaltung des Verbandes wird den Vorgängen in jenem Betriebe ein wachsam Auge widmen. — Eine Woche zuvor fand in Dresden im Adamschen Lokale eine ebenfalls sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, die sich mit derselben Tagesordnung befaßte. Das Referat hatte dort ebenfalls unser Geschäftsführer übernommen. Unter Verbandsangelegenheiten wurde über den schlechten Verdienst der Fäbler geklagt. Es wurde beschlossen, daß der Geschäftsführer mit den Fäblern eine Besprechung abhalten soll, in der die notwendigen Schritte besprochen werden sollen. — In Hainsberg wurde wegen des schwachen Besuches das Referat über „Die gegnerischen Gewerkschaften“ nicht gehalten. Unter Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, demnächst in eine Hausagitation für den Plauenschen Grund einzutreten. Weiter soll am 1. Oktober für die Mitglieder ein Vergnügen im Hainsberger Gasthof stattfinden. Es ist zu wünschen, daß die Mitglieder des Plauenschen Grundes ebenfalls etwas mehr Interesse für die Verbandsfragen zeigen. Hoffentlich wird die nächste Versammlung so gut besucht, wie die in Dresden und Leuben.

**Dittersbach (Stadt).** Uebsthaft geklagt wird von der Arbeiterschaft der Firma V. Schenk darüber, daß an Sonnabenden die gesetzliche Arbeitszeit für Arbeiterinnen nicht innegehalten und dann noch auf die Auszahlung des Lohnes gewartet werden muß. Weides wirkt auf die Arbeiterschaft verbitternd; es muß daher mehr Ordnung und Pünktlichkeit der Arbeiterschaft gegenüber verlangt werden. In einem so abgelegenen Winkel, wie Dittersbach, ist es besonders notwendig, daß die Arbeiterschaft nicht unnötig verbittert wird. Das eintönige Fabrikleben läßt ohnehin keine heitere Stimmung aufkommen und die dieses Jahres meist in Nebel und Regen eingehüllte Berglandschaft erst recht nicht. Ein weiterer Uebelstand ist, daß nicht für genügend frisches Trinkwasser Sorge getragen wird und der Trinkbecher derartig verrostet ist, daß die Benutzung ekelregend wirkt. Die Ursachen für die Abschaffung dieses Mißstandes sind zu gering, daß es doch wohl nur dieses Hinweises bedarf, und Abhilfe geschaffen wird. Ferner muß für Waschgelegenheit gesorgt werden. Daß man sich die Hände wäscht, kommt bei der Weberei sehr oft vor, da die Ware aber unbeschmutzt verlangt wird, darf Waschgelegenheit nicht fehlen. Infolge Fehlens eines Lohnzertifikates ist die Bezahlung und Berechnung der Ware sehr ungleich. Diese Umstände könnten schon längst beseitigt sein, wenn nicht die Gleichgültigkeit so groß wäre, deshalb muß damit immer mehr wird die Arbeiterschaft in ihren Existenzbedingungen bedroht; ein Entzinnen gibt es solange nicht, bis die gesamte Arbeiterschaft mit aller Kraft den gefährbringenden Zuständen zu Leibe geht. Was haben denn die „Gelben“ Gutes für die Arbeiterschaft gebracht? Ist irgendeine Besserung zu verzeichnen? Nein! Selbst wenn man den stärksten Lichtstrom zu Hilfe nähme und in alle Winkel des heiligen Deutschen Reiches hineinleuchtete, würde man nicht das geringste Gute für die Arbeiterschaft entdecken. Deshalb, hinweg mit der Aengstlichkeit! Durch Lausheit ist noch nie etwas erreicht worden.

**Gelenau-Bennberg.** Am 17. September fand in Geißlers Gasthof die erste öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, in der Geschäftsführer Gdm. W o l f r a m über das Thema: „Löhne und Behandlung der Arbeiter in der Textilindustrie“ referierte. Redner schilderte in seinem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag, daß in unserer Industrie die Löhne, die ja während der Krise besonders hier im Erzgebirge durch ein äußerst rückwärtsloses und rückständiges Unternehmertum mehrere Male reduziert wurden, gegenwärtig eine Stufe eingemommen haben, daß trotz Mitarbeit von Frau und Kindern die Leute die reinen Hungerkünstler sein

müssen, um nur existieren zu können. Was aber an Löhnen zu wenig gezahlt wird, verjude das Unternehmertum durch eine äußerst unanständige Behandlung zu erzeigen, wofür er mehrere Beispiele aus der weiteren und engeren Umgebung anzuführen in der Lage war. Besonders einige Fälle aus Bennberg selbst erregten lebhafteste Entrüstung, die deshalb auch verbieten, in der weiteren Öffentlichkeit festgenagelt zu werden. Bei der Firma Gebr. Schüller, Baumwollspinnerei, die jährlich 12 Proz. Dividende verteilt und deren Besitzer in prachtvollen Villen mit tropischen Gartenanlagen ihr „mühevolles“ Dasein fristen, ist lechthin ein alter Mann, der 13 Jahre lang bei der Firma tätig war und aus dessen Schweiß gleich wie aus dem der übrigen Arbeiter Gold gepreßt wurde, deswegen entlassen worden, weil es einige Male vorkam, daß bei einer Arbeiterin, die ihm unterstellt war (er war Meister in der Zwirnerlei) eine Spule um eine Kleinigkeit zu voll gewesen ist. Es war der Herr Direktor Richard Schüller selbst, der mit nicht gerade feinen Ausdrücken diesen Mann verabschiedete, der dann in seiner Verzweiflung die sehr bedeutungsvollen Worte ausstieß: „Nun bleibt mir in meinen alten Tagen weiter nichts als der Strid“. Dabei war dieser Mann immer ein treuer Diener, der weder sozialistisch noch gewerkschaftlich angehaucht war. Auch der Kassierer unserer Organisation erhielt am letzten Lohnstag die Kündigung. Wahrlich, es muß sehr eigentümlich in diesem Betriebe aussehen, daß man solche heillose Furcht vor aufgefärbten Arbeitern hat. — Weiter ist es die Firma Wilhelm Breitefeld, die ebenfalls nicht in den Verdacht kommen kann, daß sie die höchsten Löhne zahlt, bei der gleichfalls verschiedene Mißstände herrschen. Zunächst sind dort für circa 70 Arbeiterinnen nur zwei Aborte vorhanden, auch ist für die Arbeiterinnen kein richtiger Aufenthaltsraum, wo sie sich während der Mittagspause aufhalten könnten, vorhanden. Für bishen Kaffee oder Mittagessen müssen sie sogar bei einer alten Frau, die dort wohnt, wärmen, wenn sie es nicht kalt genießen wollen, wofür sie dann, da diese Frau selbstverständlich ihr Holz nicht umsonst hergeben kann, pro Woche 10 Pf. zahlen müssen. Die Firma würde wohl nicht arm werden, wenn sie einen Kaffeemäher anschaffte. Die Gewerbeinspektion dürfte das von ihr übrigens bald fordern. — Die Affordarbeiterinnen scheuern das Kontor umsonst. Wie ängstlich man auch hier bemüht ist, die Arbeiterinnen vom Besuch von Besprechungen und Versammlungen, wo sie über ihre Lage aufgeklärt werden sollen, abzuhalten, beweist der Umstand, daß anlässlich einer für diesen Betrieb angelegten Besprechung die beiden Söhne des Fabrikanten im Verein mit dem Feuermann, dem Werführer und einem andern Arbeiter, die sich jedenfalls den Türschlüssel verdienen wollten, abwechselnd vor dem Lokal patrouillierten, etwa ankommende Mädchen mit in ein anderes Zimmer nahmen, zu dem auch noch die eigentliche Eingangstür zugeschlössen wurde, und sie dort bewirtschafteten. Anlässlich der öffentlichen Versammlung wurde erklärt: „Wer in diese Versammlung geht, wird am Montag entlassen“. Eine Erklärung, die gewiß an Deutlichkeit, aber auch an Anmaßung nichts zu wünschen übrig läßt. Einen recht „netten“ Repräsentanten der Firma konnten die Besucher der Versammlung in der Person des älteren der beiden Söhne, des Herrn Karl Breitefeld, kennen lernen. Auf die Kritik eines Kollegen an den Zuständen in ihrem Betrieb mußte er weiter nichts zu erwidern als: „Sie können mich am ... lecken“. Dafür fertigte ihn unter starkem Beifall der Anwesenden Kollege Wolftram gehörig ab, und der Vorsitzende rief ihm, sich zunächst einer umfassenden Reinigung zu unterziehen. Der Herr, der eben erst gezeigt hatte, auf welcher Bildungsstufe er steht, wirkte recht lächerlich, als er einen Kollegen mit einem Wort belegte, mit dem man nur zu bezeichnen den höchsten Grad von Unanständigkeit pflegt. Aus all diesem ergibt sich aber die unbestreitbare Tatsache, daß auch das hiesige Unternehmertum Grund hat, die Aufklärungsarbeit der Arbeiterorganisation zu fürchten, auch wird zur Gewissheit, daß eigentlich schon viel früher die Arbeiterschaft von hier Ursache gehabt hätte, sich um ihre gewerkschaftliche und politische Organisation zu kümmern. Kolleginnen und Kollegen, scheut den Euch gegen Geseß und Recht aufgezwungenen Kampf nicht, zeigt, daß Ihr Euch nicht zu rechtlosen Heloten machen laßt. Sinein in die sozialdemokratische Partei und den Verband deutscher Textilarbeiter! Erweitert Euer Wissen durch Abonnieren der Erzgeb. Volksstimme. Dem Unternehmertum aber, wohne es wo es will, rufen wir das Verschen in Erinnerung:

Den Proletar in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.

**Halle a. Saale.** Am 7. September d. J. sprach hier Gauleiter Bretschneider über das Thema: „Wie kann der Spinnereiarbeiter seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern?“ Der einstündige Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion besprachen mehrere Kollegen Mißstände aus der Haabenschen Spinnerei. Hauptsächlich wurden die Klosetts und die Ankleideräume als höchst unbefriedigend geschilbert. Auch die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen lasse viel zu wünschen übrig. Nur eine gute Organisation könne dagegen helfen. Tretet ein in den Deutschen Textilarbeiter-Verband, denn dieser ist es allein, der den Interessen der Textilarbeiter wirksam vertritt. Sehr bedauerlich ist es, daß eine große Anzahl organisierter Arbeiter ihre Frauen und Töchter dort unten als Lohnrückerinnen beschäftigen lassen.

**Meerane.** Die Filialversammlung am 20. September im Saale des „Thüringer Hofes“ war recht gut besucht. Kollege Krähig aus Berlin hielt einen ausgezeichneten Vortrag über: „Die Produktionsgesetze der Textilindustrie und ihre Beurteilung bei wirtschaftlichen Kämpfen“. Diesen hochinteressanten, gut durchdachten Vortrag mitanzuhören, wäre allen Mitgliedern nur zu empfehlen und dienlich gewesen. Kollege Krähig wies zunächst auf die Existenzbedingungen der Textilindustrie hin, zeigte den Einfluß der Rohstoffverzeugung auf die Rohstoffpreise und den Zusammenhang dieser mit Warenpreis und Geschäftsgang. Er zeigte, daß bei Lohnkämpfen alle diese Zusammenhänge berücksichtigt werden müssen und wie notwendig die zu diesem Zwecke geschaffene Beobachtungsstelle ist, von der aus die ganze Geschäftslage des Weltmarktes betrachtet und beurteilt werden könne. Der ihm am Schluß des Vortrages gespendete Beifall zeugte vom Einverständnis der Versammlung mit seinen Darlegungen. In der Diskussion wurde ein beschleunigteres Tempo und rücksichtsloseres Vorgehen gegen die Unternehmer gefordert. — Den nächsten Punkt der Tagesordnung füllte die Berichterstattung des Kollegen G r o ß e r über die letzten beiden Kartellkämpfe aus. In der anschließenden Debatte wurde zwar das Verhalten des Rats- sowie des Stadtverordnetenkollegiums gegenüber der Bescheidung der Konferenz deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer zu Köln beurteilt. Weiter wurde die Ausgabe von Dauerkarten zu den Veranstaltungen des Bildungsausschusses hervorgehoben. Die Unterfasser führen solche zum Preise von 1 M. pro Stück zum Verkauf mit sich. Aufgefordert wurden noch die Anwesenden, der Jugendorganisation mehr Aufmerksamkeit zu widmen, indem derselben immer mehr neue Kräfte zugeführt werden.

**M.-Glabbach-Rhenbt.** In der ersten Oktoberwoche werden sämtliche Bücher kontrolliert und die Marken entwertet; restierende Marken sind zu begleichen. Auch werden mit der Kontrolle die Lohnstatistikarten abgeholt werden; ferge jedes Mitglied, daß seine Karte dann in Ordnung ist. Wo kein Bezirkskontrollleur erscheint, gebe man die ausgefüllte Karte dem Unterkassierer mit.

**M.-Glabbach-Rhenbt.** Bei der Firma G. Brandts, mechanische Nammgarn- und Buchstabenweberei, sind in letzter Zeit Mißstände eingetreten, deren Abänderung zu fordern die dort beschäftigten Arbeiter alle Ursache haben. Wohl selten findet man, daß auf einer Belegchaftsversammlung soviel Uebelstände vorgetragen werden, wie es von den Arbeitern genannter Firma geschehen ist. Besonders wurden Klagen über das zu verarbeitende Material vorgetragen, wobei die Firma, bei schlecht gelieferter Ware, noch ganz erhebliche

Bestrafungen vornimmt. Arbeiter, welche 17 Jahre im Betrieb beschäftigt waren, wurden entlassen. Wer keine 4 M. pro Tag verdient, muß sich gefallen lassen, die Kündigung ausgedrückt zu bekommen. Dabei vergißt die Firma, den Webern es zu ermöglichen, auf diesen Lohn zu kommen. Jeden Morgen wird von dem Firmeneinhaber die für den vorausgegangenen Tag gelieferte Produktion revidiert; derjenige, welcher nicht genügend geleistet hat, erhält am Lohnstage ein Fragezeichen auf der Lohnkarte vermerkt, wodurch die Firma dem Arbeiter zu verstehen gibt, daß sie mit ihm nicht zufrieden ist und anfragt — warum er nicht mehr gemacht hat. Klagen beim Arbeiterausschuß anzubringen, ist zwecklos. Es ist diesem nicht möglich, Remedur zu schaffen, weil die „Verfassung“ dieser „konstitutionellen“ Fabrik dies unmöglich macht. Hoffentlich werden die Arbeiter die richtigen Schlüsse hieraus ziehen und sich der Organisation, dem deutschen Textilarbeiterverband anschließen.

**Roetgen.** Um das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung aufzuhalten, taten sich im Jahre 1907 hier eine Anzahl Weber zusammen und kauften sich mit fremdem Kapital jeder einen Webstuhl, errichteten als „Aktiengesellschaft“ einen „Wau“ und sahen ihre soziale Frage gelöst, indem sie meinten, „selbständig“ zu sein, weil sie auf ihrem „eigenen“ Stuhl für Nachener Unternehmer in Lohn webten. Anfangs schien es auch, als ob die Sache zur Zufriedenheit der Arbeiter ausfallen sollte; aber bald folgte der Zusammenbruch. Die Krise 1907/08 wurde mit Hängen und Wanken überwunden, aber auch nur dadurch, daß man etwas billigere Kontrakte hatte mit den Unternehmern aus Nachen, die von den Kontrakten der Nachener Lohnweberei etwas nach unten zu abweichen. Nach der Krise erholte sich das Unternehmen wieder, und nun gab es neuen Mut. Die „Geschäftsleitung“ war nun nicht mehr zufrieden mit denjenigen Stühlen, welche als Eigentum des Einzelnen im Betrieb standen, sondern man kaufte noch 25 Stühle älteren Systems und ließ wiederum, die Gesellschaft als solche, in Lohn weben. Nun zählte der Betrieb 49 Stühle. Im Frühjahr 1910 fing es schon wieder an zu krakeln, man konnte nur unter ganz schwierigen Bedingungen Arbeit von den Unternehmern in Nachen bekommen; denn diese nutzten die wirtschaftliche Ohnmacht dieses Unternehmens auf jede Art und Weise aus, bis die Katastrophe anfangs August mit voller Wucht hereinbrach. Nach näheren Mitteilungen, die am 20. September erfolgt sind, laufen in der einen „Genossenschaftsweberei“ noch 12 Stühle von 49, in der anderen noch 2. Jetzt war guter Rat teuer; in Nachen Unterkunft zu finden, war ganz unmöglich, da dort ebenfalls etwa 800 Stühle stillstehen. Nun mußten die Weber, die sich schon als kleine Bourgeois dünkten, zur Gasse und Schippe greifen, und wer weiß, wie das Schicksal noch mit den Leuten gespielt hätte, wenn sie nicht zufällig an der im Bau begriffenen Talstraße Arbeit erhalten hätten. Lehreich an sich für die betroffenen Arbeiter ist es jedenfalls, einmal über die Entwicklung des Wirtschaftslebens nachzudenken, was sie eigentlich vor ihrer Gründung der Weberei tun mußten. Die Leute mußten sich hoch, besonders da sie alle langjährige Gewerkschaftler gewesen, klar sein, daß die wirtschaftliche Entwicklung den Weg der Zentralisation des Kapitalismus nimmt, sie glaubten aber das Rad aufhalten zu können, indem sie eine Genossenschaftsweberei mit Abhängigkeit von den Unternehmern gründeten. Die Lage der einzelnen Leute wird nun gerade keine rosigere sein, da sie einerseits gezwungen sind, ihr Brot außerhalb der Textilindustrie zu verdienen, und die aufgenommenen, noch nicht abgezahlten Kapitalien zu verzinsen, sowie an den laufenden Geschäftskosten mitzubegahlen. Mag sich vielleicht die Sache wieder erholen, aber auf wie lange ist nicht zu sagen, dem nächsten Sturm wird das Unternehmen vielleicht nicht mehr standhalten.

**Sagan.** (Der Dank des Unternehmers an die Arbeiter.) Die Kündigung erhalten jetzt zahlreiche Arbeiter von der Firma Mos Löw Beer. Vor kurzem bereits berichteten wir, daß die Firma in diversen Abteilungen die Arbeitszeit bedeutend eingeschränkt habe. Man hat sich aber damit nicht begnügt. Am letzten Donnerstag erhielt, wie schon oben gesagt, ein Teil bereits die Kündigung. Es betrifft Leute aus der Walle, der Nauberei und dem Scharjaal, etwa 28 Personen. Weitere Kündigungen standen Donnerstag dieser Woche bevor. Alte, ergraute Arbeiter, die ihre Kraft dem Unternehmen geopfert, wirft man jetzt auf die Straße. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann nun gehen! — Während der Saison wurde geschuftet und geschunden und die Arbeiter wurden angetrieben, soweit sich selbige nicht selber jagten. Nun bekommen sie den Lohn. Der Unternehmer hat seinen Profit in der Tasche und der Arbeiter, seine Familie, und seine Kinder — laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind. — Ja, wären wir im Verbanne, hört man jetzt die Betroffenen sagen, dann kriegen wir wenigstens unsere Unterstützung. — Hoffentlich ziehen die Betreffenden und diejenigen, welche diesmal noch mit einem blauen Auge sozusagen davonkommen, die Konsequenzen und lassen die Mahnungen ihrer organisierten Kollegen, sich der Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverbande, anzuschließen, nicht mehr unbeachtet.

**Weida.** Die hiesige Filiale hielt am Sonnabend, den 3. September, eine gutbesuchte Versammlung im „Paradies“ ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Mitglieder Haase und Kroba in üblicher Weise geehrt. Nach Erstattung des Kartellberichts hielt Genosse W. Wittich-Leipzig einen 1 1/2 stündigen sehr lehrreichen Vortrag über die Entstehung des Christentums. Die Forschung der Religionsgeschichte sei neueren Datums. Früher habe man es nicht für notwendig gehalten, der Sache auf den Grund zu gehen. Die Gläubigen haben die Lehre als unumstößliche Wahrheit hingenommen. Die Darstellungen über Jesus von Nazareth seien nicht glaubwürdig, auch könne man ihn nicht als Schöpfer des Christentums bezeichnen. Die alten griechischen Philosophen haben dieselbe Lehre schon früher gelehrt. Redner schildert die Zustände im damaligen Palästina und die Glaubenssecten der damaligen Zeit. Sokrates spielte eine ähnliche Rolle wie Jesus. Der Wirralulus der alten Perfer sei daran gewesen, die Stelle des Christentums einzunehmen. Die Entwicklung des römischen Reiches und die Unterdrückung der Völker damaliger Zeit habe den Gedanken nach einem Erlöser wachgerufen, nach einem Messias, der das Reich Gottes auf Erden errichten sollte. Dieser Messias mußte aber in Jerusalem geboren sein. Die Wunder, welche Jesus vollbracht haben soll, seien Märchen. Desgleichen sei die Erzählung von der Auferstehung und anderen Dingen nur Legendenbildung. Der Anhang Jesus von Nazareth sei gering gewesen. Erst später haben sich einige Messiasgemeinden gebildet. Keinem Menschen damaliger Zeit sei es eingefallen, Jesus als eine Gottheit anzusehen. Dies habe man erst später fertig gebracht. Die Christenverfolgungen späterer Zeit haben zur Ausbreitung der Christengemeinden wesentlich beigetragen. Es kam dann eine neue Zeit, wo man die Christengemeinden duldete, und schon im 4. Jahrhundert benutzte der damalige Kaiser Konstantin der Große das Christentum, um seine Pläne zu verwirklichen. Dadurch wurde das Christentum zur Staatsreligion deklariert. Die jetzigen Diener Gottes verfolgten ganz andere Grundzüge als ihr Herr und Meister. Theorie und Praxis seien im Christentum nicht mehr in Einklang zu bringen. Daß die Massen sich immer mehr der Kirche entfremden, sei daher nicht zu verwundern. Reicher Beifall folgte dem Vortrag. In der Diskussion knüpfte Genosse Albert an die letzten Ausführungen des Referenten an. Die Entfremdung der Massen von der Kirche sei nur eine innerliche; äußerlich walte vielfach noch der Schein der Frömmigkeit. Personen, die innerlich mit der Kirche gebrochen hätten, sollten auch äußerlich die Scheidung vollziehen.

**Zürich.** (Posamentierer.) In unserer Notiz in Nr. 36 soll es nicht heißen, daß Kollegen, welche in Zürich in Arbeit treten wollen, sich an den Fachverein der Posamentierer dort, sondern an Ch. Schneider, Posamentierer, Zürich V, Siegfriedstr. 5, III, wegen Auskunft wenden sollen.



Literatur.

Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur. Im Auftrage der Generalkommission zusammengestellt von Johann Sassenbach. Vierte Auflage. (213 Seiten. Preis 60 Pf.)

Berichtigung.

(Zu dem die Spitzen- und Gardinenweber betreffenden Artikel in voriger Nummer.) Berechnen wir in der Spitzenbranche den Grundlohn nach Schützen, so beträgt derselbe auf 100 Schützen und für ein Rad

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 2. Oktober, ist der 39. Wochenbeitrag fällig.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsschnitt anzugeben.

Gauleiter-Gesuch.

Für den neu zu errichtenden Gau Kassel wird zum Antritt per ersten Januar 1910 ein Gauleiter gesucht. Kollegen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind, die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftlichen, rednerischen und rednerischen Fähigkeiten haben

Zeugnisse und dergleichen sind nur in Abschrift beizufügen. Erforderlich ist die Beilegung von Zeugnissen keinesfalls. Die Beitragsklasse ist anzugeben und auch seit wann in die angegebene Klasse gezahlt wird.

Ortsverwaltungen.

Adressenänderungen.

Wöhnik i. Erzgeb. K.: Ernst Baumann, Auerstr., Neubau. Weinheim i. Baden. K.: Adam Dein, Gartenstr. 8. Finsterwalde. K.: Wilh. Lorenz, Grabenstr. 9.

Neu gegründet: Sachsen-Erzgebirge. Geringswalde. B.: Rich. Kluge, Lagerhalter im Konsumverein.

Bremen. Das Bureau befindet sich vom 1. Oktober ab in der Luthersstraße 103 pt. und ist geöffnet vormittags von 11-1 Uhr, nachmittags von 4-7 1/2 Uhr.

Hamburg. Das Mitglied Thomas Havel - Buchnummer 478 483 - wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Ortsverwaltungen, die von seinem Aufenthalt Kenntnis haben, werden ebenfalls um Mitteilung ersucht.

Konstanz (Baden). Wer kennt den jetzigen Aufenthalt und die Adresse des zuletzt in Berlin beschäftigten und früher organisiert gewesenen Posamentiers Ludwig Homann aus Peine.

Meerane. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bücher zur Kontrolle eingezogen werden. Dieselben sind vorher in Ordnung zu bringen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Berlin. Am 24. September Agnes Fischer, Striderin, 33 Jahre alt - Schlaganfall. Grimmitzhan. Am 15. September Gustav Hauschild, 54 Jahre alt. Wöhnik. Frida Strelitz, 27 Jahre alt - Verzehrung.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

- In Streit oder Ausperrung befinden sich: Spinner und Spinnerinnen in: Friedeberg a. Queis (Renner u. Co.). Weber und Weberinnen in: Hof i. B. (Gg. Münch u. Co.).

Aus verschiedenen anderen Gründen ist Zugang fernzuhalten von der Seidenweberei von Ferd. Meher in Badisch-Rheinfelden; Gattorf; Lahr, Kiefer, Schaab u. Scholder; München, Posamentenfirma Christian Wed; Bittau, Färberei von F. A. Bernhardt; Liengen (Baden), Weberei Hönninger; Baumwollspinnerei und Weberei Lauffenmühle, Unterlauringen; Duisburg, Weberei von Otto Böninger; Sebnitz, Weberei von W. Winkel, C. G. Paul; Pulsnitz in Sachsen, Färberei von Alwin Schulz; Wachsstockfabrik, Griesheim am Main; Ankum (Hannover), Seilerei von Bergmann; Baumwollspinnerei Gmünder in Neutlingen; Baumwollspinnerei Krefeld in Krefeld; Flachspinnerei Grünher u. Faltis in Hainich (Sachsen); Göppingen, Weberei von Hildenbrand; Flachsgarnspinnerei vorm. Renner u. Comp. zu Friedeberg-Röhrsdorf a. Queis; Lambrecht, Gebr. Haas; Bitterthal, Leinenweberei Sachs u. Söhne.

Von Norschach (St. Gallen), Schiffs- und Automatenstickerei Feldmühle, Firma Moritz Schönfeld, A.-G., ist infolge wiederholter Mahnungen und Unterdrückung der Organisation aller Zugang von Arbeitskräften fernzuhalten.

Von Wien, E. M. Chwallas Söhne, Samtfärberei, -scherelei und -appretur, ist Zugang fernzuhalten.

Von Basel, Firma Clavel u. Lindenmeier, Färberei und Appretur, A.-G., ist wegen Nichtanerkennung der Organisation der Seidenbruder Zugang fernzuhalten.

Achtung, Spinner, Spinnereiarbeiter und Arbeiterinnen! Nachdem die Spinner der hannoverschen Baumwollspinnerei und -weberei seit nunmehr 2 1/2 Jahren die Woche nur fünf Tage gearbeitet haben, ist der übrigen Arbeiterschaft des Betriebes bekanntgegeben, daß von nun ab der gesamte Betrieb nur noch vier Tage die Woche läuft.

Versammlungskalender.

- Nachen. Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Bierkeller. Altenburg (S.-A.). Sonnabend, 8. Oktober, im „Gewerkschaftsheim Kautenfranz“. Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5-9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17: Zahltag.

- Berlin. (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79, bei R. Döhling. Berlin. (Für Nordost-Pr.) Zahlstelle: Bietzenstr. 71, bei C. Siegmund. Berlin. (Für Südost.) Zahlstelle: Schlesische Straße 38 bei W. Neumann. Berlin. (Für Rummelsburg.) Zahlstelle: Hauptstr. 87 bei G. Pogontel.

ANZEIGEN

(Postenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Filiale Göppingen und Umgebung.

Sonntag, den 9. Oktober, von nachmittags 3 Uhr ab, findet unter: 20 jähriges Stiftungsfest mit Festsrede, Musik, Gesang, Turnen, Theater und Tanz, im Gasthaus „zu den drei Königen“ statt.

Planen!

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“: Mitgliederversammlung.

- Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Dressel. 2. Wahl des Gauvorstandes. 3. Beschlusfassung über die Höhe des Eintrittsgeldes. 4. Verschiedenes.

Anserem Schriftführer, dem Kollegen und Parteigenossen Wilh. Hegholz

rufen wir bei seinem Fortzug von Lobberich ein „Lebe wohl!“ zu und wünschen ihm in seiner neuen Heimat Düsseldorf die besten Erfolge.

Arbeitsmarkt

(Preis pro Zeile 50 Pf. Unter Chiffre wird kein Arbeitergesuch aufgenommen, außer wenn die Offerten durch die Expedition dem Ausgeber übermittelt werden sollen - Garantie für Aufnahme wird nicht geleistet.)

Gesucht

a. j. Drei Textilarbeiter, welche Vertr. erfl. Neuj. und Weihnachtsartikel übern. Hohe Vergütung. Ausl. a. jedermann kostenl. Herm. Wolf, Zwickau i. Sa., Nordstr. 30.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 3. Oktober.

Berlag: Karl Hübsch. - Verantwortlich für die Redaktion: Paul Bagener. Druck: Bornwärdts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. - Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.